

Editorial



Ausgabe 01/2011

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie die Beiträge dieser Ausgabe lesen, wird Ihnen sehr häufig der Begriff „Demografischer Wandel“ begegnen. Was heißt dieser Terminus eigentlich, welche Folgen hat er für die Gesellschaft? Zunächst einmal handelt es sich hierbei um eine Vielzahl von demografischen Prozessen, deren Ursprung teilweise weit in der Vergangenheit liegt. So ist beispielsweise die kontinuierlich niedrige Geburtenzahl in Deutschland das Resultat einer Entwicklung, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurückreicht. Die eigentlichen Ursprünge des demografischen Wandels in Deutschland reichen gar bis ins 19. Jahrhundert zurück. Ein Beispiel für Folgen und Auswirkungen des Wandels bieten die wissenschaftlichen Beiträge dieses Heftes, die sich mit zwei wesentlichen Entwicklungen, die für den demografischen Wandel eine große Rolle spielen, beschäftigen.

So befassen sich Evelyn Grünheid und Manfred G. Scharein in ihrem Artikel mit dem Zusammenspiel der steigenden Lebenserwartung und des steigenden Alters der Mütter bei Geburt. Sie untersuchen, ob es auch in Deutschland zukünftig zu einer Zunahme von Mehr-Generationen-Familien kommen wird. Jürgen Dorbritz analysiert in seinem Beitrag auf der Grundlage des Mikrozensus 2008 unter anderem, wie sich die Kinderzahlen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Darüber hinaus möchte ich Sie darauf hinweisen, dass nun auch der letzte Band der „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“ erschienen ist. Somit schließt sich nach 34 Erscheinungsjahren der Kreis. Der Nachfolger, die „Comparative Population Studies“, hat bereits seit Oktober 2010 erfolgreich die Nachfolge angetreten.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BiB

Wächst die gemeinsame Zeit des Zusammenlebens von (Ur-)Enkeln und (Ur-)Großeltern? – Eine Modellrechnung

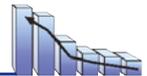
Mit dem Anstieg der ferneren Lebenserwartung vor allem in den höheren Altersgruppen wird häufig in Diskussionen und Veröffentlichungen die Erwartung verbunden, dass Familien mit vier Generationen zunehmen und das Bild der Zukunft bestimmen werden. Wird die Vier-Generationen-Familie damit zukünftig zur Normalität? Um dies zu untersuchen, müssen allerdings entgegengesetzte Tendenzen berücksichtigt werden, wie das steigende Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder und somit auch das höhere Alter, in dem die Mütter Großmütter und die Großmütter Urgroßmütter werden. Wenn dieses Alter nämlich schneller steigt als die Lebenserwartung, geht die gemeinsame Lebenszeit der drei und vier Generationen zurück. Die beiden Autoren entwickeln eine Methodik, die mit den Daten der amtlichen Statistik eine Abschätzung und Projektion der gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familien für Deutschland ermöglicht. Für Westdeutschland zeigt sich hierbei, dass für Vier-Generationen-Familienverbände etwa zwischen 2030 und 2035 mit der längsten gemeinsamen Lebenszeit von Urgroßmutter und Urenkel von etwa neun Jahren zu rechnen ist. Danach fällt der Indikator für die gemeinsame Lebenszeit der vier Generationen kontinuierlich bis zum Ende der 2050er Jahre. Insgesamt zeigen die Modellrechnungen, dass die Vier-Generationen-Familie in diesem Jahrhundert eher eine Ausnahme bleiben und nicht die Realität sein wird (Seite 2 und 26).



Kinderzahlen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im Kontext von Lebensformen und Bildung

Die Fertilitätsmuster der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich erheblich: Wer über einen Migrationshintergrund verfügt, hat im Durchschnitt mehr Kinder, ist seltener kinderlos und hat häufiger drei oder mehr Kinder. Dabei ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in ihrem Fertilitätsverhalten keineswegs als homogen anzusehen. Dieser Beitrag untersucht anhand der Daten des Mikrozensus 2008 die Unterschiede in den durchschnittlichen Kinderzahlen und den Paritätsverteilungen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund vor allem auch im Hinblick darauf, ob sich in den jüngeren Geburtsjahrgängen ein Annäherungsprozess zwischen beiden Gruppen beobachten lässt. Betrachtet wird auch der Einfluss der Lebensformen und des Bildungsniveaus auf die unterschiedlichen Fertilitätsmuster. Dabei zeigt sich besonders bei der Kombination dieser beiden Faktoren, wie groß die Unterschiede im generativen Verhalten in Deutschland sind. Gleichzeitig führt die Unterscheidung zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund nicht durchgängig zu trennscharfen Ergebnissen. (Seite 7)





Evelyn Grünheid und Manfred G. Scharein

Wächst die gemeinsame Zeit des Zusammenlebens von (Ur-)Enkeln und (Ur-)Großeltern? – Eine Modellrechnung

In wissenschaftlichen Diskussionen und in Veröffentlichungen hört und liest man immer wieder die Auffassung, dass in einer „Gesellschaft des langen Lebens“ die Familien mit vier Generationen zunehmen und das Bild der Zukunft bestimmen werden. Grundlage für diese Aussage ist dabei die kontinuierliche Erhöhung der ferneren Lebenserwartung vor allem in den höheren Altersgruppen. Diese prägt das Sterblichkeitsgeschehen seit Mitte des letzten Jahrhunderts, was die Vermutung aufkommen lässt, dass die Vier-Generationen-Familie zur Normalität werden könnte. Dabei werden allerdings entgegengesetzte Tendenzen nicht berücksichtigt: nämlich das steigende Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder und damit auch das immer höhere Alter, in dem die Mütter Großmütter und die Großmütter Urgroßmütter werden. Steigt dieses Alter nämlich schneller als die Lebenserwartung, so geht die gemeinsame Lebenszeit der vier Generationen zurück. Würde zum Beispiel der Generationenabstand (den man mit dem durchschnittlichen Alter ansetzt, in dem die Frauen Kinder bekommen) auf 35 Jahre ansteigen, würden die Mütter mit durchschnittlich 70 Jahren Großmutter und die Großmütter müssten 105 Jahre alt werden, um ihre Urenkel zu erleben.

Fragestellung und theoretische Grundlage

Der von den amerikanischen Autoren Bengston, Rosenthal und Burton 1990 geprägte Begriff der „beanpole family“ vergleicht die Generationenabfolge für die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Bild der Bohnenstange: Während in früheren Zeiten die einzelnen Generationen sehr umfangreich waren (viele Geschwister, Cousins und Cousins) und nur selten mehr als zwei Generationen gleichzeitig lebten, sind die heutigen Generationen deutlich kleiner, dafür leben meist drei, in einigen Fällen sogar vier Generationen gleichzeitig (vergleiche Bengston/Rosenthal/Burton 1990). An diese Beschreibung der Generationenabfolge für die Vereinigten Staaten von Amerika der letzten Dekaden schließen sich nun die Fragen an, wie dieses Bild für Deutschland aussieht und wie sich daraus folgend die gemeinsame Lebens-

zeit von Mehrgenerationenfamilien in Deutschland zukünftig weiterentwickeln wird.

Dazu befasste sich Mitte der 1990er Jahre Wolfgang Lauterbach mit der Thematik der gemeinsamen Lebenszeit von Familiengenerationen. Er untersuchte diese Zusammenhänge mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels und stellte fest: „Man kann davon sprechen, dass für immer größere Teile der Bevölkerung Großelternschaft ein Phänomen des 20. Jahrhunderts ist, spezieller noch erst nach der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. ... Dies bedeutet, dass erst nach 1950 mehr als die Hälfte der bis zu zehnjährigen Kinder damit rechnen konnte, einen Großvater oder eine Großmutter zu haben.“ (Lauterbach 1995: 39) Gleichzeitig erläuterte er, dass die gemeinsame Lebenszeit mit Großvätern merklich kürzer ist als mit den Großmüttern und die Unterschiede bei den Geburtskohorten der Großväter durch die beiden Weltkriege deutlich stärker ausgeprägt sind als bei den Großmüttern (ebenda: 33). Auch Lüscher und Liegle kamen 2003 in ihrer Analyse von Generationenbeziehungen zu dem Schluss: „Noch nie in der Geschichte kamen auf so viele Großeltern so wenig Enkelkinder – und noch nie hat ein so großer Anteil von Kindern die Großeltern erlebt“ (Lüscher/Liegle 2003: 93). Wie sehen die gegenwärtigen Größenordnungen von Mehrgenerationenfamilien in Deutschland aus? Dazu gibt Tabelle 1 einen Überblick an Hand der Daten einschlägiger Surveys der jüngeren Vergangenheit.

Die Frage lautet nun, wie sich mit den Daten der amtlichen Statistik eine Methodik entwickeln lässt, die eine Abschätzung und Projektion der gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familien ermöglicht. Die folgenden Erläuterungen und Ergebnisse fassen die wichtigsten Erkenntnisse des Forschungsprojekts „Gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen“ zusammen. Für weitergehende und detailliertere Ergebnisse wird an dieser Stelle auf die zugehörige Publikation (vgl. Grünheid/Scharein 2011) verwiesen.

Vorgehensweise

Als Datenbasis werden Schätzungen für das durchschnittliche Alter einer Mutter bei Geburt des ersten Kindes und die fernere Lebenserwartung einer Frau (zum Zeitpunkt der Ge-



Tabelle 1: Größenordnung der Generationenkonstellationen in empirischen Erhebungen der letzten Jahre (Angaben entsprechen den Anteilen an Befragten in einer dieser Mehr-Generationen-Konstellationen (in %))

Datenbasis (Erhebungsjahr)	Anzahl der Generationen			Quelle
	Zwei	Drei	Vier	
Alterssurvey (1996), 40-85 Jahre	16,0%	55,9%	20,1%	Hoff 2006: 245
SOEP (1996), 40-80 Jahre	ca. 31%	ca. 47%	ca. 9%	eigene Berechnungen nach Lauterbach 2004: 107
OASIS (2000), 50-74 Jahre	23,0%	50,0%	6,0%	Lowenstein/Ogg 2003: 16
Alterssurvey (2002), 40-85 Jahre	18,1%	55,2%	19,4%	Hoff 2006: 245
SHARE (2004), 50 Jahre und älter	20,9%	49,8%	17,3%	Kohli/Künemund/Lüdicke 2005: Anhang, Tab. 4A9
GGG (2005), 40-79 Jahre	24,6%	53,5%	9,9%	Eigene Berechnungen aus dem Generations and Gender Survey (GGG)

burt eines Kindes) – jeweils basierend auf Daten der amtlichen Statistik – miteinander verknüpft. Denn kennt man zu einem (fiktiven) Zeitpunkt der Geburt eines Kindes das durchschnittliche Alter der Mütter, Großmütter und Urgroßmütter (und somit auch deren durchschnittliche Geburtsjahrgänge), so lässt sich aus einer geeignet gewählten Generationensterbetafel die durchschnittliche erwartete Restlebenszeit des (fiktiven) Kindes mit seiner „durchschnittlichen Mutter“, „durchschnittlichen Großmutter“ und „durchschnittlichen Urgroßmutter“ ablesen. Diese Werte lassen sich als durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit der verschiedenen Generationenfolgen „Mutter/Kind“, „Großmutter/Kind“ und „Urgroßmutter/Kind“ interpretieren. Aufgrund der vorhandenen Datenbasis muss man sich letztendlich auf die Modellierung der weiblichen Generationenfolge beschrän-

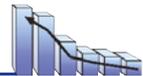
ken und hierbei auf die jeweils ersten Kinder, um eine Schätzung für die maximalen Werte gemeinsamer Lebenszeiten zu erhalten. Die folgende Aufzählung erläutert die Vorgehensweise.

1. Aus den kalenderjährlichen (normierten) altersspezifischen Fertilitätsziffern wird für den historischen Zeitablauf Jahr für Jahr ein geeigneter Schätzwert für das durchschnittliche Gebäralter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes ermittelt (aus der amtlichen Statistik verfügbar sind nur die Werte für das durchschnittliche Alter bei Geburt aller oder des ersten ehelichen Kindes). Um das historisch unterschiedliche Fertilitätsverhalten in Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen, erfolgen die Berechnungen getrennt für beide Territorien.
2. Aus den Angaben zu dem durchschnittlichen Gebäralter einer Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes im jeweiligen Kalenderjahr lässt sich die durchschnittliche Geburtskohorte einer Mutter ermitteln (im Beispiel der Abbildung 1 ist das Geburtsjahr des Kindes 2010, die Mütter bekommen mit durchschnittlich 29 Jahren das erste Kind. Daraus folgend sind sie selbst also durchschnittlich im Jahr 1981 geboren – siehe gelbe und grüne Pfeile).
3. Analog erfolgt das Vorgehen für die Großmutter und die Urgroßmutter. Anhand der historischen kalenderjährlichen (normierten) Fertilitätsziffern lässt sich das durchschnitt-

Abbildung 1: Der Berechnungsalgorithmus– Ein Beispiel

	Geburtsjahrgang (x)	Ø Altersjahr bei Geburt des 1. Kindes	Ø Altersjahr im Jahr 2010 (y)	Durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit des Kindes und seiner weiblichen Vorfahren e(x ; y)
Kind	2010	---	0	---
Mutter	1981	29	29	61 Jahre
Großmutter	1956	25	54	33 Jahre
Urgroßmutter	1930	26	80	10 Jahre

Quelle: Generationensterbetafel für Deutschland (Statistisches Bundesamt 2006); Schätzung des Ø Alters einer Mutter bei der Geburt des ersten Kindes auf Basis historischer altersspezifischer Fertilitätsziffern für Westdeutschland; Betrachtung nur der weiblichen Generationenlinie; Ergebnisse gerundet



- liche Alter der Großmutter/Urgroßmutter bei Geburt der Mutter/Großmutter feststellen und somit lassen sich auch ihre durchschnittlichen Geburtskohorten berechnen.
4. Mit der Generationensterbetafel des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2006 für die Geburtsjahrgänge von 1871 bis 2004 kann dann die fernere Lebenserwartung der Mütter, Großmütter und Urgroßmütter anhand ihrer durchschnittlichen Geburtskohorten und dem dann jeweils erreichten Alter bei Geburt des Kindes, des Enkels bzw. des Urenkels abgelesen werden. Dies lässt sich – anders ausgedrückt – als die zu erwartende, durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit der Mütter, Großmütter und Urgroßmütter mit ihren Kindern, Enkeln bzw. Urenkeln im jeweiligen Kalenderjahr interpretieren (letzte Spalte in der Abbildung 1).
 5. Mit Hilfe einer nichtlinearen Kurvenanpassung (hierfür wird ein allgemeiner logistischer Funktionsverlauf mit Obergrenze unterstellt) bezüglich der historisch geschätzten Werte für das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes lässt sich dieses bis zum Geburtsjahrgang 2060 in verschiedenen Szenarien projizieren. Dabei wird als Nebenbedingung eine maximale Obergrenze für das durchschnittliche Alter der Mutter bei Geburt des ersten Kindes unterstellt, die zwischen 30 und 34 Jahren liegt. Im mittelfristigen Anstiegsszenario wird die Obergrenze bei 32 Jahren festgelegt.
 6. Für West- und Ostdeutschland können mit dieser Prozedur „durchschnittliche“ Drei-Generationen-Familienverbände – zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes bestehend aus Großmutter, Mutter und Kind – ab ca. 1980 und „durchschnittliche“ Vier-Generationen-Familienverbände – zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes bestehend aus Urgroßmutter, Großmutter, Mutter und Kind – ab ca. 2010 ermittelt und bis zum Jahr 2060 fortgeschrieben werden (der konkrete Zeitraum variiert je nach Szenario und Territorium um ein paar Jahre nach unten und/oder oben).

Die Abbildung 1 verdeutlicht den Berechnungsalgorithmus exemplarisch für eine westdeutsche Mehrgenerationenfamilie, beginnend mit der Geburt des ersten Kindes einer Mutter mit durchschnittlich 29 Jahren im Jahr 2010.

Auf Grund der Schätzung des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes und dessen szenariobasierten Fortschreibens in die Zukunft, besitzen sämtliche Berechnungen den Charakter von Modellrechnungen. Sie basieren auf einer ganzen Reihe von Annahmen, welche sich zum Teil eher durch Plausibilitätsüberlegungen als

durch strenge formal-wissenschaftliche Kriterien begründen lassen. Deshalb wird hier nicht von Schätzung oder Prognose der durchschnittlichen gemeinsamen Lebenszeit von Drei- bzw. Vier-Generationen-Familien, sondern von Indikatoren (und deren Projektion) für diese durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit gesprochen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des mittleren Szenarios vorgestellt. Für dieses wird zur Schätzung des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes das 0,35-Quantil der (normierten) kalenderjährlichen Fertilitätsziffern verwendet. Zudem wird bei der nichtlinearen Kurvenanpassung (und deren Fortschreibung) ein maximales Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes von 32 Jahren unterstellt. Da die verfügbaren Daten eine Beschränkung auf die weibliche Generationenfolge erfordern, stellen die Ergebnisse eine Art maximalen Wert für die durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit mehrerer familiärer Generationen dar, weil zum einen die gemeinsame Lebenszeit mit dem ersten Kind länger als mit Kindern höherer Ordnungsfolge ausfällt und zum anderen Väter bei der Geburt ihrer Kinder im Durchschnitt älter als ihre Frauen sind und zudem eine kürzere fernere Lebenserwartung besitzen.

Ergebnisse

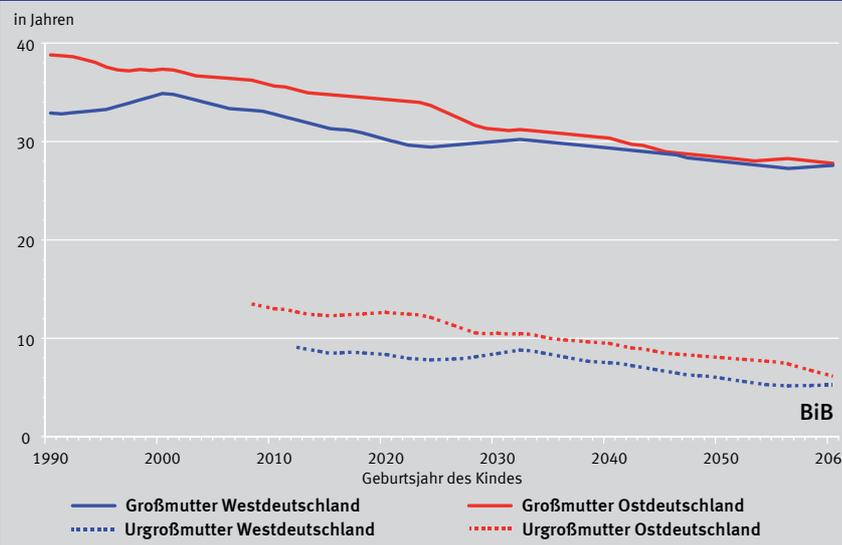
Ergebnisse für Westdeutschland

Für Vier-Generationen-Familienverbände ist etwa zwischen 2030 und 2035 mit der längsten gemeinsamen Lebenszeit von Urgroßmutter und Urenkel von etwa neun Jahren zu rechnen. Im Anschluss an dieses Maximum fällt der Indikator für die gemeinsame Lebenszeit der vier Generationen kontinuierlich bis zum Ende der 2050er Jahre. Dort stabilisiert sich der Indikator kurzzeitig bei rund fünf Jahren. Im Anschluss daran wird die gemeinsame Lebenszeit von Urgroßmutter und Urenkel noch bis weit in die 2080er Jahre erneut absinken.

Die gemeinsame Lebenszeit von Drei-Generationen-Familienverbänden hat ihr Maximum um das Jahr 2000 mit einem Wert von ca. 35 Jahren (vor allem bedingt durch das geringe durchschnittliche Gebäralter der Mütter aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre) und fällt dann bis zum Jahr 2060 auf rund 28 Jahre ab. Im Zeitraum von 2010 bis 2060 steigt der durchschnittliche Altersabstand von vier Generationen von ca. 80 auf ca. 90 Jahre und von drei Generationen um 9 Jahre auf knapp 64 Jahre.

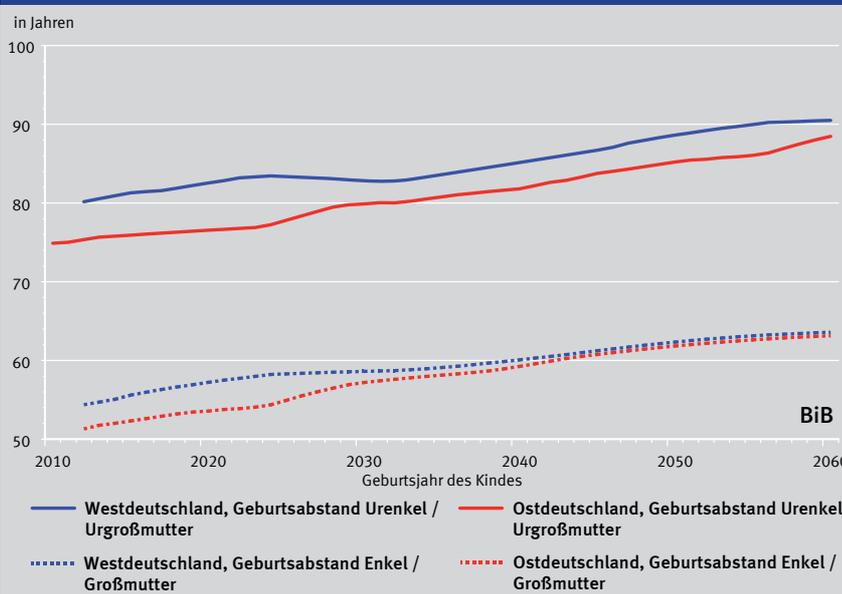


Abbildung 2: Verlauf der durchschnittlichen gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familien zum Zeitpunkt der Geburt des Enkel- bzw. Urenkelkinds für West- und Ostdeutschland in den Jahren von 1990 bis 2060



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Grafische Darstellung: BiB

Abbildung 3: Verlauf des durchschnittlichen Alters einer Groß- bzw. Urgroßmutter zum Zeitpunkt der Geburt des Enkel- bzw. Urenkelkinds für West- und Ostdeutschland in den Jahren von 2010 bis 2060



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Grafische Darstellung: BiB

Ergebnisse für Ostdeutschland

Für Ostdeutschland erreicht der Indikator für die durchschnittlich gemeinsam verbrachten Lebensjahre von Urgroßmüttern mit ihren Urenkeln um das Jahr 2020 mit einem Wert von ca. 13 Jahren seinen Höhepunkt, danach sinken diese

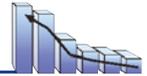
Werte kontinuierlich. Der Indikator für die durchschnittlich gemeinsam verbrachte Lebenszeit von Großmutter und Enkel verhält sich gleichartig – nur um eine Generation zeitlich nach vorne verlagert. Der Höhepunkt war im Jahr 1990 mit 39 Jahren, ab diesem Zeitpunkt fällt dieser Indikator. Der durchschnittliche Altersabstand von vier Generationen steigt in dem Zeitraum von 2010 bis 2060 um ca. 13 Jahre. In diesem Sinne wird im Jahr 2060 eine Urgroßmutter bei der Geburt ihres Urenkelkinds durchschnittlich ca. 88 Jahre alt sein. Eine Großmutter wird bei der Geburt des Enkelkinds im Jahr 2060 durchschnittlich rund 63 Jahre und somit um ca. 11 Jahre älter als heute sein.

Die Abbildungen 2 und 3 zeigen die beschriebenen unterschiedlichen Entwicklungen der durchschnittlichen gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familienverbänden zum Zeitpunkt der Geburt des Enkel- bzw. Urenkelkinds (Abbildung 2) und des durchschnittlichen Alters einer Groß- bzw. Urgroßmutter zum Zeitpunkt der Geburt eines Enkel- bzw. Urenkelkinds (Abbildung 3) für West- und Ostdeutschland.

Fazit

Die Berechnungen ergeben, dass sowohl die gemeinsame Lebenszeit der Großmütter mit ihren Enkeln als auch die gemeinsame Lebenszeit von Urgroßmüttern mit ihren Urenkeln in den nächsten Jahren eher zurückgehen als ansteigen wird, da das steigende Alter bei Geburt der Kinder sich bei mehreren Generationen summiert und wahrscheinlich nicht durch die steigende Lebenserwartung ausgeglichen werden wird. Damit einhergehend ist auch

bis weit in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts ein Anstieg des Alters der Groß- und Urgroßmütter bei der Geburt ihres Enkel- bzw. Urenkelkinds um (deutlich) mehr als zehn Jahre zu erwarten. Dies impliziert unter den derzeit herrschenden Entwicklungstendenzen des Gebäralters der Frauen und



der zu erwartenden ferneren Lebenserwartung der Frauen, dass die Vier-Generationen-Familie auch in diesem Jahrhundert eher eine Ausnahme sein und nicht zur Normalität werden wird.

Literatur

- Bengston, Vern; Rosenthal, Carolyn; Burton, Linda, 1990: Families and Aging: Diversity and Heterogeneity. In: Binstock, Robert H.; George, Linda K. (Hg.): *Handbook of Aging and the Social Sciences*. San Diego, California 92101: Academic Press Inc.: 263–287.
- Grünheid, Evelyn; Scharein, Manfred G., 2011: Zur Entwicklung der durchschnittlichen gemeinsamen Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familien in West- und Ostdeutschland – Eine Modellrechnung, *Comparative Population Studies*, Vol. 36, No. 1.
- Hoff, Andreas, 2006: Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel. In: Tesch-Römer, Claus; Engstler, Heribert; Wurm, Susanne (Hg.): *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH: 231–287.
- Kohli, Martin; Künemund, Harald; Lüdicke, Jörg, 2005: 4.1 Family Structure, Proximity and Contact. In: Börsch-Supan, Axel; Brugiavini, Agar; Jürges, Hendrik et al (Hg.): *Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim: 164–170.
- Lauterbach, Wolfgang, 1994: Lebenserwartung, Lebensverläufe und Generationenfolgen in Familien oder: Wie lange kennen sich familiäre Generationen? Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“, Arbeitspapier Nr. 10.
- Lauterbach, Wolfgang, 1995: Die gemeinsame Lebenszeit von Familiengenerationen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 24,1: 22-41.
- Lauterbach, Wolfgang, 2004: Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Zum Wandel der Familienstruktur in der zweiten Lebenshälfte. *Familie und Gesellschaft* 13. Würzburg: Ergon.
- Lowenstein, Ariela; Ogg, Jim, 2003: OASIS. Old Age and Autonomy: The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity - Final Report. 2003 [<http://oasis.haifa.ac.il/resources.htm> vom 06.05.2010].
- Lüscher, Kurt; Liegle, Ludwig, 2003: *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Statistisches Bundesamt 2006: *Generationensterbetafel für Deutschland, Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1871-2004*. Wiesbaden.



Jürgen Dorbritz

Kinderzahlen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im Kontext von Lebensformen und Bildung

Nicht unerwartet unterscheiden sich die Fertilitätsmuster der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund erheblich. Wer über einen Migrationshintergrund verfügt, hat im Durchschnitt mehr Kinder, ist seltener kinderlos und hat häufiger drei oder mehr Kinder geboren. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist keineswegs in ihrem Fertilitätsverhalten als homogen anzusehen. So kennzeichnet die türkischen Frauen ein komplett anderes Fertilitätsmuster als es beim Durchschnitt bei den Frauen mit Migrationshintergrund zu finden ist. Zwischen Fertilitätsniveau und Lebensformen sowie Bildungsabschlüssen zeigen sich besondere Zusammenhänge, die für beide Vergleichsgruppen gelten. Verheiratete haben mehr Kinder als nicht verheiratete Frauen. Hochqualifizierte Frauen bringen weniger Kinder zur Welt als Frauen ohne beruflichen Bildungsabschluss. Werden Bildung und Lebensform kombiniert, zeigen sich erhebliche Unterschiede in den Fertilitätsmustern.

Zielstellung

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat sich zum Ziel gesetzt, durch differenziertere Analysen ein besseres Verständnis der deutschen Low-Fertility-Situation zu erlangen. Die hier dargestellten Befunde sind im Rahmen dieses Forschungskonzepts über die Analyse von Mikrozensusdaten entstanden. Der hier vorgelegte Beitrag schließt sich an die Betrachtungen zur europäischen Fertilitätssituation und den spezifischen Fertilitätsmustern im früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern in Bevölkerungsforschung Aktuell 1/2010 an. Das Ziel ist, Mosaikstein für Mosaikstein zu einem neuen Bild der deutschen Fertilitätssituation zusammenzusetzen.

Das Differenzierungsmerkmal Migrationshintergrund hat erst kürzlich im Jahr 2005 Eingang in die demografische Forschung gefunden, als der Themenkomplex Migration und Integration in den Mikrozensus aufgenommen wurde.

Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländerinnen und Ausländer, Personen, die im Ausland geboren und nach dem 1. Januar 1950 zugewandert sind, Eingebürgerte sowie Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil in diese Kategorie fällt.

Gemeinsam mit der im Jahr 2008 gestellten Frage nach der Zahl der geborenen Kinder bietet der Mikrozensus eine herausragende Möglichkeit, einen weiteren differenzierten Blick auf die Fertilitätsmuster der in Deutschland lebenden Menschen zu werfen. Als weitere Differenzierungskriterien werden das Lebensformenkonzept (seit 1996 Bestandteil des Mikrozensus) und die Unterscheidung nach Bildungsstufen in die Analysen einbezogen. Lebensformen werden durch die Kombination von drei Merkmalen – der Zahl der geborenen Kinder, der Partnersituation und der Stellung zur Ehe – gebildet. Hinsichtlich der Bildung wurden durch das Statistische Bundesamt vier Kategorien (1. ohne beruflichen Abschluss, 2. Lehr- oder Anlernausbildung, 3. Meister, Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluss, 4. (Fach-)Hochschulabschluss oder Promotion) gebildet, die in diesem Beitrag übernommen werden. Die Analysen sind auf 3 Geburtsjahrgangsguppen, die Kohorten 1960 – 1964 (zum Zeitpunkt der Mikrozensusaufnahme im Jahr 2008 waren sie 44 bis 48 Jahre alt), 1965 – 1969 (39 bis 43 Jahre) und 1970 – 1974 (34 bis 38 Jahre). Die Ergebnisse liegen nur für Frauen vor.

Abschließend werden die Analyseresultate im Rahmen der Diskussion der Ergebnisse in den Kontext von Hypothesen (ohne dabei alle zu berücksichtigen) wie die Sozialisations-, die Selektions- oder die Anpassungshypothese gestellt, die das generative Verhalten von Migrantinnen im Zuzugsland erklären sollen. Die Hypothesen sind auf folgende Zusammenhänge gerichtet:

- 1. Sozialisationshypothese:** Das generative Verhalten wird durch die im Herkunftsland erworbenen Werte und Normen erklärt, die im Zuzugsland das generative Verhalten prägen. Das betrifft insbesondere die Zuwanderer der ersten Generation.
- 2. Selektionshypothese:** Sie erklärt das generative Verhalten von zugewanderten Frauen mit Karriereambitionen im Zielland. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Geburten aufgeschoben, die Kinderzahl begrenzt oder auf Kinder gänzlich verzichtet.
- 3. Anpassungshypothese:** Es wird angenommen, dass die ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen im Zielland der Migration das generative Verhalten so beeinflussen, dass es zu einer Annäherung an die vorherrschenden Fertilitätsmuster kommt.

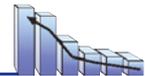


Tabelle 1: Paritätsverteilung und durchschnittliche Kinderzahl bei Frauen ohne Migrationshintergrund, Geburtsjahrgänge 1960/1964-1970/1974 (in %)

Geburtsjahrgänge	Kinderzahl					Durchschnittliche Kinderzahl
	0	1	2	3	4+	
Zusammen	25,1	26,0	35,8	10,0	3,0	1,40
1960-1964	20,4	24,8	39,1	11,6	4,0	1,54
1965-1969	24,6	26,1	36,0	10,3	3,0	1,41
1970-1974	32,2	27,4	31,2	7,3	1,8	1,19

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008

Die nachfolgenden Analysen sind somit von vier Forschungsfragen geleitet:

1. Wie deutlich sind die Unterschiede in den durchschnittlichen Kinderzahlen und den Paritätsverteilungen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund?
2. Ist in den jüngeren Geburtsjahrgängen ein Annäherungsprozess zwischen beiden Gruppen zu beobachten?
3. Besitzen Lebensformen und Bildungsniveau bzw. die Kombination beider Merkmale einen spezifisch differenzierenden Einfluss?
4. Welchen Erklärungswert haben die zum generativen Verhalten von Migrantinnen entwickelten Hypothesen?

Fertilitätsmuster bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund

Die Tabellen 1 und 2 zeigen die Unterschiede bei der Paritätsverteilung und den durchschnittlichen Kinderzahlen in den beiden Vergleichsgruppen. Frauen in Deutschland mit einem Migrationshintergrund haben durchschnittlich mehr Kinder zur Welt gebracht und verfügen über besondere Pa-

ritätsverteilungen. Über alle drei Altersgruppen betrachtet, haben die Frauen mit Migrationshintergrund (durchschnittliche Kinderzahl: 1,83) 0,43 Kinder mehr geboren als Frauen ohne Migrationshintergrund (1,40). Ein Annäherungstrend bei den Kinderzahlen ist nicht zu erkennen. In den beiden älteren Jahrgangsguppen, deren Geburtenbiografie weitgehend ab-

geschlossen sein dürfte, verstärken sich die Unterschiede zwischen den Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen sinken die Kinderzahlen, bei den Frauen mit Migrationshintergrund allerdings langsamer (von 1,91 auf 1,88) als bei denen ohne (von 1,54 auf 1,41). In den Geburtsjahrgängen 1970 bis 1974 sind die Unterschiede noch ausgeprägter (mit Migrationshintergrund: 1,72, ohne: 1,19). Diese Jahrgänge haben ihre Familienentwicklungsphase noch nicht abgeschlossen und da bei den Frauen ohne Migrationshintergrund die Kinder in einem späteren Lebensabschnitt geboren werden, ist ein Verringern der Unterschiede noch zu erwarten.

Deutliche Abweichungen bei unterschiedlichen Kinderzahlen gehen immer mit Besonderheiten in der Paritätsverteilung einher. Am Beispiel der Geburtsjahrgänge 1965 bis 1969 zeigen sich folgende typische Unterschiede:

- Frauen ohne Migrationshintergrund sind deutlich häufiger kinderlos als Frauen mit einem Migrationshintergrund, der Unterschied beträgt 24,6 zu 13,9 % (Tabelle 1 und 2).

Tabelle 2: Paritätsverteilung und durchschnittliche Kinderzahl bei Frauen mit Migrationshintergrund, Geburtsjahrgänge 1960/1964-1970/1974 (in %)

Geburtsjahrgänge	Kinderzahl					Durchschnittliche Kinderzahl
	0	1	2	3	4+	
Zusammen	14,9	21,4	38,1	17,0	8,6	1,83
1960-1964	12,6	20,6	39,6	16,9	10,2	1,91
1965-1969	13,9	20,3	38,3	18,5	9,0	1,88
1970-1974	17,4	23,0	36,9	15,7	7,0	1,72

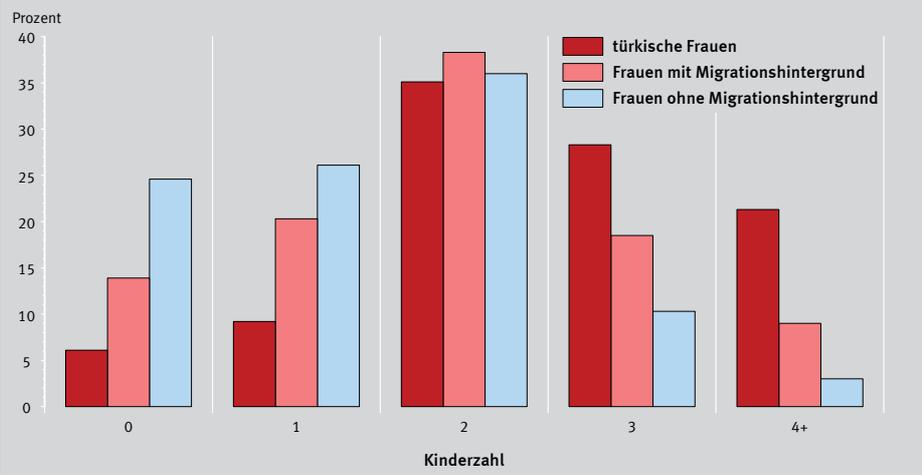
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008

Der Anteil der Frauen, die nur ein Kind geboren haben, ist ebenfalls in der Gruppe ohne Migrationshintergrund höher: 26,1 % zu 20,3 % mit Migrationshintergrund.

Die Unterschiede bei der Parität 2 sind außerordentlich gering. Frauen ohne Migrationshintergrund haben zu 36,0 % und Frauen mit zu 38,3 % zwei Kinder.



Abbildung 1: Kinderzahlen der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sowie türkischer Frauen in den Geburtsjahrgängen 1965 – 1969, (in %)



Datenquelle: Mikrozensus 2008, grafische Darstellung: BiB

BiB

- Noch deutlicher als die Kinderlosigkeit fallen die Differenzen bei den Frauen aus, die drei oder mehr Kinder geboren haben. Es sind 27,5 % bei den Frauen mit und 13,3 % bei denen ohne Migrationshintergrund.

Das Fertilitätsmuster der Gruppe mit Migrationshintergrund (Jahrgänge 1965–1969) mit dem niedrigen Anteil von durchschnittlich 13,9 % kinderlosen Frauen und dem hohen Anteil von Frauen mit 3 und mehr Kindern (27,5 %) relativiert sich im Vergleich zum Fertilitätsverhalten der türkischen Bevölkerung in Deutschland. In dieser Gruppe kommt Kinderlosig-

keit mit 6,1 % kaum vor, dagegen haben 50,0 % der Frauen 3 und mehr Kinder (Abbildung 1). Die Gruppe mit Migrationshintergrund ist also keineswegs als homogen in ihrem Fertilitätsverhalten anzusehen. Hinter den hier gefundenen Differenzierungen sind bei der Betrachtung nach Nationalitäten noch weitere spezifische Muster zu vermuten. Es ist anzunehmen, dass es Nationalitätengruppen gibt, die sich in ihrem Verhalten den deutschen Mustern angepasst haben und andere Gruppen existieren, wie beispielsweise die türkische Bevölkerung in Deutschland, die noch stark dem Muster des Herkunftslandes verhaftet sind.

Die Verknüpfung von Fertilitätsmustern und Lebensformen

Unterschieden wird bei den Lebensformen zwischen verheirateten, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und allein (ohne Partner im Haushalt) lebenden Frauen. Generell gilt für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, dass die Partnersituation einen großen Einfluss auf Kinderzahl und Paritätsverteilung ausübt. Verheiratete haben mehr Kinder als nicht Verheiratete (Tabelle 3). Die verheirateten Frauen mit Migrationshintergrund haben mit durchschnittlich 2,08 Kindern die höchste Kinderzahl, gefolgt von den verheirateten Frauen ohne Migrationshintergrund (1,70). Die Unterschiede zwischen den beiden Hauptgruppen bleiben auch bei den nichtehelichen Lebensformen bestehen. Frauen mit Migrationshintergrund haben, selbst wenn sie in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben oder keinen Partner (zum Zeitpunkt der Mikrozensusbefragung) hatten, mehr Kinder als Frau-

Tabelle 3: Paritätsverteilung und durchschnittliche Kinderzahl nach Lebensformen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, Geburtsjahrgänge 1965-1969 (in %)

Lebensformen	Kinderzahl					Durchschnittliche Kinderzahl
	0	1	2	3	4+	
Frauen ohne Migrationshintergrund						
Verheiratet	12,1	25,6	45,7	13,3	3,4	1,70
Nichteheliche LG	38,1	30,6	23,8	5,5	1,9	1,03
Ohne Partner	47,9	26,1	18,5	5,2	2,3	0,88
Frauen mit Migrationshintergrund						
Verheiratet	8,1	18,0	42,3	21,2	10,4	2,08
Nichteheliche LG	30,8	33,0	24,3	8,0	3,8	1,21
Ohne Partner	30,7	26,1	27,0	11,2	4,9	1,33

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008

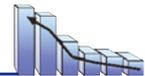


Tabelle 4: Paritätsverteilung und durchschnittliche Kinderzahl nach Lebensformen und Bildungsabschlüssen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, Geburtsjahrgänge 1965 – 1969 (in %)

Lebensformen	Kinderzahl					Durchschnittliche Kinderzahl
	0	1	2	3	4+	
Frauen ohne Migrationshintergrund						
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss						
Verheiratet	13,5	23,1	37,5	17,9	8,0	1,84
Nichteheliche LG	30,4	26,0	24,1	10,2	9,2	1,42
Ohne Partner	39,7	25,3	19,0	9,3	6,7	1,18
(Fach-)Hochschulabschluss/Promotion						
Verheiratet	14,8	22,5	45,4	14,4	3,0	1,68
Nichteheliche LG	46,7	27,3	20,7	4,1	1,2	0,86
Ohne Partner	64,8	19,3	12,8	2,6	0,5	0,55
Frauen mit Migrationshintergrund						
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss						
Verheiratet	6,7	11,1	35,8	27,3	19,0	2,41
Nichteheliche LG	14,1	37,6	23,7	18,7	5,9	1,65
Ohne Partner	22,2	19,3	30,9	17,7	9,9	1,74
(Fach-)Hochschulabschluss/Promotion						
Verheiratet	12,5	30,6	41,6	12,3	3,0	1,63
Nichteheliche LG	47,1	35,0	14,5	0,0	3,4	0,78
Ohne Partner	49,3	28,1	18,3	3,2	1,1	0,79

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008

Partner und ohne Migrationshintergrund sind einerseits mit 47,9 % nahezu die Hälfte der Frauen kinderlos (verheiratete Frauen mit Migrationshintergrund: nur 8,1 %). Andererseits haben die verheirateten Frauen mit Migrationshintergrund in 31,6 % der Fälle drei oder mehr Kinder, bei den Frauen ohne Partner und Migrationshintergrund sind es 7,5 %.

Die Verknüpfung von Fertilitätsmustern, Lebensformen und Bildungsniveau

Wie bei der Verknüpfung von Fertilität und Lebensform besteht auch zwischen der Fertilität und dem Bildungsabschluss ein genereller Zusammenhang: Je niedriger das Bildungsniveau, desto höher ist das Fertilitätsniveau. Mit dem zusätzlichen Einbeziehen des Lebensformenkonzepts entsteht ein zweifacher Differenzierungseffekt (bei der Darstellung wird aus Übersichtsgründen nur der niedrigste (ohne beruflichen Ausbildungsabschluss) und der höchste Bildungsabschluss (Fach-)Hochschulabschluss/Promotion) beachtet (Tabelle 4). Die Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Kinderzahlen, den Anteilen kinderloser Frauen und den Frauen mit 3 und mehr Kindern steigen noch mal an. Folgende Besonderheiten bestehen:

- Der Abstand zwischen der höchsten und der niedrigsten durchschnittlichen Kinderzahl steigt weiter an, erreicht eine Spanne von 2,41 bei verheirateten Frauen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Ausbildungsabschluss zu 0,55 bei Frauen, die keinen Migrationshintergrund haben, zum Zeitpunkt der Mikrozensusbefragung ohne Partner lebten und hochqualifiziert sind.

en ohne. Es wird angenommen, dass es sich um eine kleine Gruppe mit moderneren Einstellungen handelt, für die die Verknüpfung von Ehe und Kinder haben weniger wichtig ist, die einen höheren Kinderwunsch als die Frauen ohne Migrationshintergrund hat und diesen auch erfüllt.

Die durchschnittlichen Kinderzahlen und die Paritätsmuster weisen in der Lebensformdifferenzierung erheblich Unterschiede auf. Die Spanne reicht bei den durchschnittlichen Kinderzahlen von 0,88 (Frauen ohne Partner, ohne Migrationshintergrund) bis 2,08 (verheiratete Frauen mit Migrationshintergrund). Entsprechend groß sind auch die Unterschiede in der Paritätsverteilung. Bei den Frauen ohne



- In den beiden Vergleichsgruppen weisen jeweils die verheirateten Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss die höchsten durchschnittlichen Kinderzahlen auf. Bei den Frauen mit Migrationshintergrund sind diese mit 2,41 gegenüber 1,84 aber deutlich höher.
- Ein hohes Qualifikationsniveau und das Fehlen eines Partners führt sowohl bei Frauen mit als auch ohne Migrationshintergrund zu sehr niedrigen Kinderzahlen. Auch wenn die Frauen mit einem Migrationshintergrund durchschnittlich etwas mehr Kinder haben, sind sich die Hochqualifizierten in beiden Gruppen hinsichtlich der Paritätsverteilung sehr ähnlich.
- Die Unterschiede in den Verteilungen nach der Kinderzahl, die zwischen Verheirateten und Frauen ohne Partner bereits deutlich ausgefallen waren, werden mit dem Merkmal berufliche Ausbildung noch größer. Die beiden Extremgruppen werden von den verheirateten Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss mit Migrationshintergrund und den hochqualifizierten Frauen ohne Partner und ohne Migrationshintergrund gebildet. Die erste Gruppe ist nur zu 6,7 % kinderlos geblieben, in der zweiten Gruppe beträgt die Kinderlosigkeit 64,8 %. Ähnlich gravierend sind die Unterschiede auch bei den höheren Paritäten. In der Gruppe eins haben 46,3 % 3 oder mehr Kinder, in Gruppe zwei sind es hingegen 3,1 %.
- Die durchschnittlichen Kinderzahlen bei den hochqualifizierten Frauen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nur unwesentlich, sind in der Gruppe ohne Migrationshintergrund bei den verheirateten Frauen und den Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sogar etwas höher.

Die kombinierten Einflüsse von Lebensform und Bildung beeinflussen das Fertilitätsverhalten bei den Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gleichartig. Die Kinderzahlen steigen von den nichtehelichen zu den ehelichen Lebensformen und sie erhöhen sich ebenfalls mit sinkendem Ausbildungsniveau. Diese Trends vollziehen sich bei den Frauen mit Migrationshintergrund auf einem höheren Fertilitätsniveau.

Zusammenfassung und Diskussion

Der Blick hinter die Durchschnitte der endgültigen Kinderzahlen in der Kombination von Migrationshintergrund, Lebensform und Bildung bieten ein differenziertes Bild der Fertilitätsverhältnisse in Deutschland. Es bestehen nicht nur die schon häufig diskutierten Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern, sondern es gibt auch erhebliche Differenzen zwischen den sozialen Gruppen. Nicht unerwartet ist das Ergebnis, dass die Frauen mit einem Migrationshintergrund durchschnittlich mehr Kinder geboren haben und sich ihre Paritätsverteilung von den Frauen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Sie ist durch eine niedrigere Kinderlosigkeit und höhere Anteile von Frauen mit 3 oder mehr Kindern gekennzeichnet. Sowohl die Frauen mit als auch ohne Migrationshintergrund sind aber keineswegs eine homogene Gruppe. Die Differenzierung nach den Merkmalen Lebensform und Bildung offenbart beträchtliche Unterschiede. Der Einfluss von Lebensform und Bildung wirkt in beiden Gruppen gleichgerichtet auf das generative Verhalten. Die Grundzusammenhänge sind:

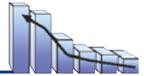
- Ehe führt bei den Frauen mit und ohne Migrationshintergrund zu einer höheren durchschnittlichen Kinderzahl.
- Je niedriger das Bildungsniveau, desto höher sind die Kinderzahlen.

Diese typischen Verknüpfungen von Ehe, Bildung und Kinderzahl sind in beiden Gruppen anzutreffen, die Differenzierungen bestehen bei den Frauen mit Migrationshintergrund allerdings auf einem höheren Niveau.

In der Kombination von Lebensform und Bildung zeigt sich, wie riesig die Unterschiede im generativen Verhalten in Deutschland sind. Die beiden Extremgruppen werden von den verheirateten Frauen mit Migrationshintergrund, die kaum kinderlos sind und sehr häufig drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben und den unverheirateten Frauen ohne Partner und ohne Migrationshintergrund, die zu mehr als der Hälfte kinderlos sind und kaum drei oder mehr Kinder haben gebildet. Es ist kaum zu erwarten, dass sich solche Unterschiede in naher Zukunft angleichen werden.

Die Unterscheidung zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund führt nicht durchgängig zu trennscharfen Ergebnissen. Dies betrifft vor allem die hochqualifizierten Frauen, die nicht verheiratet sind. Durchschnittliche Kinderzahlen und Fertilitätsmuster sind in dieser Gruppe bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund sehr ähnlich.

Die Diskussion der erzielten Ergebnisse aus der Sicht der eingangs dargestellten Hypothesen zeigt, dass die Hypothe-



sen Gültigkeit haben, aber nicht durchgängig über alle gebildeten Untergruppen das generative Verhalten von Frauen mit Migrationshintergrund erklären.

Die Selektionshypothese, die für spezifische Zuwanderergruppen formuliert wurde, hat Gültigkeit für die unverheirateten Frauen mit einem hohen beruflichen Bildungsabschluss, deren Kinderzahlen außerordentlich niedrig sind. An dieser Stelle kann aber auch die Anpassungshypothese herangezogen werden. Dass sich die hochqualifizierten Frauen mit Migrationshintergrund kaum von denen ohne unterscheiden, kann auch aus der hohen Erwerbsorientierung und den nicht adäquaten Vereinbarkeitsbedingungen erklärt werden, die in Kombination gegen die Geburt von Kindern wir-

ken. Hier könnte auch eine Anpassung an die Rahmenbedingungen in Deutschland vorliegen.

Die Sozialisationshypothese, das Fortbestehen generativer Orientierungen aus dem Herkunftsland, gilt mit relativ hoher Sicherheit nicht für die gesamte Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Sie scheint weitgehend für die türkischstämmige Bevölkerung mit sehr niedrigen Anteilen kinderloser und sehr hohen Anteilen von Frauen mit mehreren Kindern zu gelten. Für andere Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, etwa die frühen Zuwanderer aus Südeuropa, dürfte es nicht mehr zutreffend sein. Gesichert werden kann diese Aussage nicht, da an diesem Punkt selbst im Mikrozensus die Fallzahlen zu klein werden.



Aktuelles: Das BiB in den Medien

„Die niedrige Fertilität in Deutschland hat strukturelle und kulturelle Ursachen“ – Der Direktor des BiB, Norbert F. Schneider im Dialog mit Prof. Karl-Ulrich Mayer in der Sendung „Ihr Kinderlein kommet – Deutschland im Würgegriff der Demografie?“ im „Dossier Politik“ des Bayerischen Rundfunks am 08.12.2010

Hört man Bevölkerungsstatistiker über die demografische Entwicklung Deutschlands sprechen, so vernimmt man meist düstere Prognosen über die zukünftige Lage: So wird bereits seit längerem davor gewarnt, dass in 50 Jahren bereits jeder siebte Bundesbürger 80 Jahre und älter sei und es mehr Alte und weniger Junge geben werde. Hinzu kommt eine seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau stagnierende Geburtenentwicklung, die diese Tendenz noch verschärft. Muss die Gesellschaft diese demografische Abwärtsspirale akzeptieren oder gibt es Strategien, die dem entgegenwirken können? Diese Problematik diskutierten im „Dossier Politik“ des Bayerischen Rundfunks der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider und Prof. Dr. Karl-Ulrich Mayer, Soziologe und Bevölkerungsforscher aus Berlin.

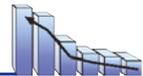
Nach der Ansicht von Prof. Schneider bestehe keinerlei Anlass, in Krisen- und Katastrophenszenarien zu denken. Klar sei vielmehr, dass der demografische Wandel in den nächsten 20 bis 30 Jahren eine erhebliche Schubkraft entfalte, die nur schwer zu beeinflussen sei – aber wie jeder Wandel beinhalte auch dieser Risiken und Chancen. Es gehe daher in den nächsten Jahren darum, Strategien zu entwickeln, wie die Risiken minimiert und die Chancen möglichst gut genutzt werden können. Dass die Bevölkerung älter wird, bestätigte auch Prof. Mayer, wenngleich er betonte, dass wir noch nicht genau wüssten, ob sie auch im prognostizierten Maße schrumpfen werde. Wenn die Bevölkerung altere, müsse das nicht bedeuten, dass auch die Gesellschaft altere – in dem Sinne, dass sie weniger produziere oder weniger kreativ sei. Hierbei handele es sich um Entwicklungen, die man nicht passiv hinnehmen müsse, so der Bevölkerungsforscher.

Prof. Schneider wies darauf hin, dass die grundlegende Entwicklung des demografischen Wandels schon im 19. Jahrhundert begonnen hatte und in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren noch einmal eine deutliche Dynamik erfuhr. In dieser Phase gab es den entscheidenden Geburtenrückgang in Westdeutschland, der seit 1975 kontinuier-

lich anhält. Die Gründe für diesen Rückgang liegen seiner Ansicht nach darin, dass die Menschen, die in dem Alter sind, in dem man Kinder bekommen kann, weniger werden. Im Durchschnitt bekommen die Menschen in den letzten 40 Jahren ähnlich viele Kinder, die Geburtenrate hat sich praktisch auf niedrigem Niveau stabilisiert, so der Familiensoziologe. Zwischen 1965 und 1975 wurden im Schnitt in Deutschland etwa 1,2 Millionen Kinder pro Jahr geboren, danach ist die Geburtenzahl innerhalb von 10 Jahren auf 850.000 zurückgegangen, bilanzierte er. Diese 350.000 Menschen fehlten heute als potenzielle Eltern. Dies gelte mit Einschränkungen auch für Ostdeutschland, wo es um die 1970er Jahre auch einen starken Geburtenrückgang gab, der allerdings durch eine großflächige pronatalistische Bevölkerungspolitik Anfang der 1980er Jahre wieder rückgängig gemacht wurde. Insgesamt ist die Geburtenrate in Westdeutschland seit 1975 stabil, es gebe somit keinen linearen Rückgang.

Einen Zusammenhang zwischen einer negativen ökonomischen Entwicklung und den Geburtenzahlen sieht der Wissenschaftler nicht, da der Geburtenrückgang der frühen 1970er Jahre in einer Zeit stattfand, als die Wirtschaft expandierte. Ob Menschen Kinder bekommen, hänge vielmehr von strukturellen und kulturellen Ursachen ab wie der Frage nach der Lebensgestaltung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier gebe es insbesondere in Westdeutschland noch erhebliche Probleme. Gleichzeitig hat sich eine Kultur der Kinderlosigkeit etabliert, die auf kinderlose Familien beziehungsweise Ein-Kind-Familien ausgerichtet ist. Dabei handle es sich um einen sich selbst verstärkenden Prozess: Je mehr Menschen keine beziehungsweise später Kinder bekommen, umso wahrscheinlicher ist es, dass andere das nachmachen.

Die Frage, ob ökonomische Unsicherheit zu weniger Geburten führt, lässt sich auch nach Ansicht von Prof. Mayer empirisch nicht bestätigen. Allerdings zeigen seine Untersuchungen, dass es große kulturelle Unterschiede in Ost- und Westdeutschland gibt. So ist in Ostdeutschland ein Kind eine pure Selbstverständlichkeit und die Frauen stellen sich we-



niger die Frage, ob sie ein Kind möchten oder nicht, sondern wann sie das Kind bekommen. Bei westdeutschen Paaren stellt sich das viel komplexer dar, unter anderem wegen der schlechteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vergleich zu Ostdeutschland, betonte Prof. Mayer. Hinzu kommen große Werteunterschiede in Ost und West: Für Frauen im Osten ist es kein Problem, ihre Kinder in den Hort zu schicken, während im Westen die Norm, dass man mit einem kleinen Kind zu Hause bleiben muss, noch enorm stark ist, betonte der Soziologe. Darüber hinaus habe er festgestellt, dass die männlichen Partner sich bei Frauen im Alter zwischen 30-35 Jahren nicht weiter binden wollen, so dass die Lage für die Frauen als Alleinerziehende schwieriger werde. Dies habe natürlich auch Folgen für den Kinderwunsch der Frauen.

Kann die Familienpolitik die Geburtenrate beeinflussen? Prof. Schneider verneinte diesen Zusammenhang und verwies darauf, dass das Bestreben, die Geburtenzahlen zu beeinflussen etwa durch die Einführung des Elterngeldes erkennbar sei, es letztlich aber schwierig ist, durch einzelne Maßnahmen Verhaltensänderungen zu erreichen. Das Elterngeld sei eine Maßnahme, die Väter stärker in die Pflicht zu nehmen, was auch ein wenig gelinge, so der Familiensoziologe. Im Vergleich zu den alten Regelungen ist die Zahl der Väter die Elternzeit nehmen deutlich angestiegen auf 23 %. Allerdings nehmen 80 % dieser Väter 2 Monate Elternzeit, während fast 90 % der Frauen 12 Monate nehmen. Bei der Verteilung zwischen Vätern und Müttern gab es somit eher wenig Wandel.

Im internationalen Vergleich zeige sich, so Prof. Mayer, dass in Ländern wie zum Beispiel Schweden oder Frankreich, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig sind und es ein gutes Kinderbetreuungsangebot gibt, auch mehr Kinder geboren werden als in Ländern mit einer traditionellen Arbeitsteilung in den Familien. Ob Kinder geboren werden oder nicht, hänge zum einen davon ab, wie optimistisch junge Menschen in die Zukunft schauen und zum anderen, ob sie bereit sind, ihre Lebensprojekte als Paare beziehungsweise als Familie oder als Individuen zu entwerfen.

Eines ist auf jeden Fall sicher, so Prof. Schneider: Was die Entwicklung der Solidarsysteme angehe, wird die Zeit kommen, in der die jetzigen Sozialsysteme an ihre Grenzen kommen werden. Dies dürfte etwa um das Jahr 2030 zu erwarten sein, prognostizierte er. Gegenwärtig kämen auf einen Rentenbeitragszahler 3 Menschen im Ruhestand, 2025 werden es zwei Rentner auf einen Beitragszahler sein.

Beide betonten, dass Tendenzen dieser Entwicklung seit 20 Jahren bekannt seien und seit geraumer Zeit auch auf politischer Ebene Gehör finden. Das Thema habe jetzt auch mit der Ausarbeitung einer Demografiestrategie der Bundesregierung bis 2012 einen ganz anderen Stellenwert erhalten, der nach Ansicht beider Wissenschaftler auch langfristig hoch bleiben wird.

.....
Bernhard Gückel, BiB

„Flexible Arbeitszeiten entlasten Pendler“ – Prof. Dr. Norbert F. Schneider im „Zeit-Online“- Interview vom 26. November 2010 zu den Folgen berufsbedingter räumlicher Mobilität

In einem Interview mit „Zeit Online“ hat der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, die Folgen des Pendelns zwischen Arbeitsplatz und Wohnort für den Einzelnen und die Familie analysiert. Er betonte, dass die Menschen in Europa sehr sesshaft seien und lieber pendeln. Prof. Schneider ist maßgeblich an der EU-Studie „Job Mobilities and Family Lives“ beteiligt, die in sechs europäischen Ländern das Pendlerverhalten und die Folgen der berufsbedingten räumlichen Mobilität für die Betroffenen, die Familien und die Gesellschaft erforscht. Am BiB wird

derzeit die zweite Welle der Studie wissenschaftlich aufbereitet.

Warum die Menschen in Europa so wenig umziehen, hat seiner Meinung nach unterschiedliche familiäre und berufliche Gründe. So erscheint gerade am Anfang einer Erwerbsbiografie ein Umzug aufgrund befristeter Verträge und wechselnder Arbeitgeber weniger sinnvoll. Außerdem sind heute meist beide Ehepartner berufstätig, so dass ein Umzug dann oftmals den Verlust eines Arbeitsplatzes von einem der beiden bedeuten würde. Insgesamt ist ein Umzug in Deutschland eher angstbesetzt, betonte der Mobilitätsexperte. Die



gesundheitlichen Folgen des Pendelns sind für die Betroffenen allerdings gravierend: So leiden Pendler mit höherer Wahrscheinlichkeit an psychosomatischen Erkrankungen wie Kopf- oder Rückenschmerzen. Hinzu komme ein ständiger Zeitdruck, der sich auf das Wohlbefinden auswirkt. Wie groß das Belastungserleben für den Einzelnen sei, hänge auch davon ab, ob die Entscheidung für das Pendeln freiwillig oder unter Zwang getroffen wird. Dies zeige die Studie ganz deutlich, so Prof. Schneider. Darüber hinaus belaste das Pendeln auch die Angehörigen, da die daheimgebliebenen Partner sich oft in der Situation des alleinerziehenden Elternteils wiederfinden. Insbesondere bei Frauen habe das Pendeln einen Einfluss auf die Familiengründung, so seien mobile Frau-

en häufig kinderlos und ledig. Auch was die Verteilung der Hausarbeit angehe, stehen Pendlerinnen unter einer großen Doppelbelastung, da die Entlastung durch den Partner eher gering ausfalle.

Möglichkeiten, den Pendlern das Leben zumindest von Seiten des Arbeitgebers zu erleichtern, gebe es einige, betonte der Soziologe: Von flexiblen Arbeitszeiten bis hin zu einem Tag in der Woche, an dem der Arbeitnehmer von zuhause aus arbeite. „Leider mussten wir feststellen, dass die meisten Arbeitgeber weit weniger flexibel sind, als sie es von ihren Arbeitnehmern erwarten“, resümierte Prof. Schneider.

.....
Bernhard Gückel, BiB

„Wir haben unterschiedliche Fertilitätsmuster in Ost- und Westdeutschland“: Jürgen Dorbritz zur Fertilitätsentwicklung in Deutschland im Interview mit dem „Main-Echo“ vom 22.11.2010

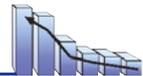
Im Gegensatz zur Entwicklung in vielen europäischen Staaten stagniert in Deutschland seit Jahren das Geburtenniveau bei 1,38 Kindern je Frau. Dabei müsse allerdings zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden werden, betonte Jürgen Dorbritz im Interview mit der Tageszeitung „Main Echo“. So gebe es in Westdeutschland eine höhere Kinderlosigkeit, also mehr Frauen, die auf Kinder verzichten, während es in Ostdeutschland weniger Kinderlose gebe, dafür aber mehr Frauen, die nur ein Kind haben. Seiner Meinung nach dürfte dieses Phänomen vor allem mit dem Verhalten der Akademikerinnen im Westen zu tun haben, da hier die Kinderbetreuungssituation schlechter als im Osten sei, wo mehr auf Vereinbarkeit von Kind und Karriere gesetzt werde.

Allerdings sei die Betreuungssituation nicht das alleinige Problem, da es im Westen vielfach noch ein traditionelles Bild der Geschlechterrollen gebe, das sich in Ostdeutschland weitaus mehr angeglichen habe: „Im Westen ist eine Mutter, die ihr Kind in Einrichtung gibt, um arbeiten zu können, gleich eine Rabenmutter“, im Osten sehe das etwas anders aus, da hier die ostdeutschen Frauen und Männer am wenigsten traditionell eingestellt seien, betonte der Familiensoziologe. Die bessere Vereinbarkeit von Kind und Karriere sei zudem ein Relikt aus der Zeit der DDR, als es ein erklärtes Ziel war, die Emanzipation der Frau mit gleicher Teilhabe

am Erwerbsleben zu fördern. Hinzu komme hier eine deutlich höhere Neigung zur Elternschaft. Demzufolge sieht Dorbritz denn auch in Ostdeutschland größere Chancen, die Geburtenrate zu steigern als in Westdeutschland.

Im Gegensatz dazu stehe die Fertilitätsentwicklung in anderen europäischen Ländern, die seit dem Jahr 2000 angestiegen ist. Allerdings lasse sich hier derzeit nicht klar sagen, ob es sich um einen langfristigen Trend handle, da die Geburtenzahlen stark schwanken. Es gebe allerdings Anzeichen für einen langfristigen Effekt, resümierte Dorbritz. Finanzielle Anreize, wie sie in vielen europäischen Ländern – darunter auch Deutschland mit dem Elterngeld – eingeführt wurden, reichten allerdings für eine tiefgreifende Verhaltensänderung nicht aus, sondern führten meist nur zu kurzfristigen Effekten. Er plädierte für Familienleitbilder in Deutschland: Ähnlich wie die Grünen es geschafft hätten ein Umweltbewusstsein zu schaffen, wäre es nötig, ein Familienbewusstsein in Deutschland zu implementieren. Besonders überraschend sei der Geburtenanstieg in Südeuropa, wobei die Gründe hierfür noch nicht eindeutig feststellbar seien. Vermutlich habe sich die wirtschaftliche Situation in den Ländern dort deutlich verbessert, denkbar sei aber auch, dass ein Einstellungswandel für das Kinderhaben eingesetzt habe.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Vorträge von BiB-Mitarbeiter/innen

Bei der Internationalen Konferenz „**Dealing with Change – Demographic Change and Development Strategies**“ der Dresden Leibniz Graduate School hat der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, am 18. November 2010 einen Vortrag zu den „Tendenzen des demografischen Wandels in Ost- und Westdeutschland“ gehalten. Er betrachtete die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen der demografischen Herausforderung, wobei er darauf hinwies, dass der demografische Wandel nicht einheitlich, sondern disparat verläuft. Darüber hinaus ist der demografische Wandel nicht nur auf die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung reduzierbar, sondern er umfasst im Kern alle Veränderungen der Größe und Struktur der Bevölkerung infolge veränderter demografischer Verhaltensweisen. Hinzu kommt, so Prof. Schneider, dass der Wandel nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wie zum Beispiel den Arbeitsmarkt, Konsum, den Wohnungsmarkt, die Sicherheit oder die sozialen Sicherungssysteme tangiert. Die Folgen des demografischen Wandels seien nicht zwangsläufig krisenhaft, es gehe vielmehr darum, die Chancen und Potenziale des Wandels zu erkennen und zu nutzen, betonte der Soziologe. Zu bedenken sei auch, dass Einzelmaßnahmen alleine keine nachhaltige Wirkung entfalten. Letztlich gehe es darum, mit konzertierten Aktionen, vor allem auch auf regionaler und kommunaler Ebene, Erfolge zu erzielen, so sein Resümee.

Auf der Konferenz „**From Intentions to Behaviour: Reproductive Decision-Making in a Macro-Micro Perspective**“, der Abschlusskonferenz des REPRO-Projektes (<http://www.oeaw.ac.at/vid/repro/>) hat **Kerstin Ruckdeschel** am 2./3. Dezember 2010 in Wien das Poster: „The Influence of Structural Factors and Individual Value Orientations on Fertility Intentions: a Comparison of Germany and France“ präsentiert. Darin vergleicht sie die Einflüsse von strukturellen und individuellen Wertorientierungen in Deutschland und Frankreich. Schließlich unterscheiden sich beide Länder hinsichtlich der Fertilitätsentwicklung erheblich: Lag die TFR in Frankreich 2009 bei 1,99 Kindern je Frau, so erreichte sie in Deutschland nur 1,36 Kinder. Gewöhnlicherweise werden diese Differenzen mit den Folgen unterschiedlicher Familienpolitiken in beiden Ländern erklärt, besonders mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Frankreich. In ihrer Präsentation betonte Frau Ruck-

deschel allerdings einen weiteren Aspekt – die kulturellen Normen und Wertvorstellungen. So ist in Deutschland eine Mutter, die ihrem Beruf nachgeht, noch immer mit negativen Einstellungen der Gesellschaft konfrontiert („Rabenmutter“), was die Konsequenzen für die Entwicklung des Kindes angeht. Hinzu kommen die alltagspraktischen Rahmenbedingungen, die Kinderwünsche verhindern. In Frankreich hingegen ist dies nicht so, hier sind beide Modelle gesellschaftlich akzeptiert und Kinder werden als selbstverständlicher Teil des Lebens betrachtet.

Zukünftig immer weniger kluge Köpfe in den Unternehmen?

Mit dem Demografischen Wandel und seinen Konsequenzen für das strategische Personalmanagement befasste sich **Frank Micheel** in seinem Vortrag an der Leuphana Universität Lüneburg am 25. November 2010. Er erläuterte zunächst die Entwicklung des demografischen Wandels in Deutschland und betonte, dass Deutschland 1972 das weltweit erste Land war, in dem mehr Menschen starben als geboren wurden: „Daran hat sich bis heute nichts geändert“, so Micheel.

Entscheidend für die Entwicklung sei somit vor allem der Geburtenrückgang, der auch durch eine geänderte Familienpolitik nicht von heute auf morgen umzusteuern sei. Dies liege an der Trägheit demografischer Prozesse; so benötigten 30 Jahre Geburtenrückgang mindestens 60 Jahre, um die Schrumpfung umzukehren. Auch eine verstärkte Zuwanderung könne gegen die demografische Entwicklung wenig ausrichten, wie die Zahlen belegen: Die Statistik zeige, so Micheel, dass jährlich mehr als 320.000 Menschen mehr zu- als abwandern müssten, sollte die Bevölkerung in Deutschland auch in Zukunft bei 82 Millionen Einwohnern liegen. Um das Verhältnis von Jungen und Rentnern konstant halten zu können, müssten Berechnungen zufolge im Jahr 3,4 Millionen Menschen nach Deutschland strömen, was wiederum Fragen der Integration aufwerfe. Hinzu komme die voranschreitende demografische Alterung, die in ihrem Verlauf aufgrund des Geburtenrückgangs irreversibel sei, betonte der Wissenschaftler.

Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung nun für das strategische Personalmanagement? Nach Micheels Ausführungen werden sich die Unternehmen auf einen dramati-



schen Wandel einstellen müssen, da auch der Arbeitsmarkt altern wird und Arbeitskräfte zukünftig zur Mangelware werden. Das aktuelle empirische Bild zeige, dass besonders in Großunternehmen relativ wenige 50-Jährige und Ältere beschäftigt seien. Die gegenwärtige Erwerbspersonenzahl in Deutschland von 44,5 Millionen werde nach Modellrechnungen bis 2060 auf einen Wert zwischen 26,3 und 35,5 Millionen zurückgehen – und damit werde, so Micheel, auch die Konkurrenz um „kluge Köpfe“ zunehmen. Für die Erwerbsbevölkerung werde der Druck zunehmen, etwa durch Maßnahmen wie die Rente mit 67 oder den Wegfall der Finanzierung der Altersteilzeit. Insgesamt werden die Firmen stärker auf ältere Arbeitnehmer setzen müssen und hier stelle sich die Frage, ob Ältere länger im Erwerbsleben bleiben wollen und unter welchen Bedingungen sie dies möchten. Aus seinen eigenen Untersuchungen gehe hervor, dass viele ältere Arbeitnehmer auch weiterhin erwerbstätig bleiben wollen, allerdings mit einem stark reduzierten Arbeitspensum von etwa 15 Stunden. Abschließend stellte er die Frage, ob die behauptete nachlassende Produktivität Älterer ein Fakt ist oder nur eine selbsterfüllende Prophezeiung. Wenn etwa der Chef seine älteren Mitarbeiter nicht mehr fördere, sinke auch deren Leistungsfähigkeit – und das sei unabhängig vom Alter so, resümierte der Wissenschaftler.

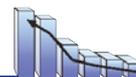
Mit dem Thema „**Ausländer in Deutschland aus demografischer Sicht**“ hat sich **Juliane Roloff** am 24. November 2010 an der Obermayr Europa Schule Wiesbaden beschäftigt. Sie befasste sich zunächst mit dem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, wobei die ostdeutschen Länder mit 2,3 % den geringsten Anteil aufweisen. In Westdeutschland liegt er bei 9,7 % und in Berlin bei 13,7 %. Es sei unbedingt zu beachten, so die Demografin, dass die ausländische Bevölkerung keine in sich homogene Gruppe ist, sondern sich aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zusammensetzt. Die größte Gruppe mit rund einem Viertel waren 2009 türkischer Herkunft, 8 % stammen aus Italien und 6 % aus Polen. Was die Aufenthaltsdauer aller Auslän-

der in Deutschland angehe, so gebe es hier große Unterschiede zwischen den Nationen, wie das Beispiel der Türken und Italiener zeige, betonte Frau Roloff: So halten sich die Türken im Schnitt bereits seit 23,2 Jahren in der Bundesrepublik auf, bei den Italienern sind es 27,3 Jahre. Insgesamt leben 20 % der Italiener, aber nur 5 % der Türken bereits seit 40 und mehr Jahren in Deutschland. Dabei steht der Anteil der Ausländer, die in Deutschland geboren wurden, in engem Bezug zur Aufenthaltsdauer. Es wird deutlich, so Frau Roloff, dass Türken und Italiener einen überdurchschnittlich hohen Anteil derer haben, die hier geboren worden sind – und das sind genau die beiden Gruppen, die mit am längsten in Deutschland leben.

Was Zuzüge aus dem Ausland und die Fortzüge aus Deutschland angehe, so gab es einen starken Rückgang der Zuwanderungen und damit einen stark reduzierten Wanderungsgewinn an Ausländern. Auch die absolute Zahl der Einbürgerungen in Deutschland ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gesunken.

Insgesamt war zwischen 2000 bis 2009 die ausländische Bevölkerungsbilanz in 7 Jahren negativ. So lebten 2008 im Vergleich zum Vorjahr 70.000 Ausländer weniger in Deutschland als im Vorjahr. Hauptursache hierfür war der in diesem Jahr sehr geringe Wanderungsgewinn von rund 11.000, analysierte die Demografin. Darüber hinaus altert auch die ausländische Bevölkerung. Der Anteil der 65 Jahre und Älteren an der Gesamtzahl der Ausländer ist nämlich von 5 auf 9 % gestiegen zwischen den Jahren 2000 und 2009. Auffallend sei zudem ein Männerüberschuss innerhalb der ökonomisch aktiven Altersgruppen und es bleibe eine Tatsache resümierte Frau Roloff, dass mehr Männer als Frauen nach Deutschland einwanderten. So waren im Jahr 2000 von allen zwischen 20 und 65 Jahre alten zugewanderten Ausländern 61 % und im Jahr 2009 59 % Männer.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Literatur aus dem BiB

Neu erschienen:

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 03/04-2009 mit dem Thema: Remigration im internationalen Kontext

Die letzte Ausgabe der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft im alten Gewand ist erschienen. Wie bereits berichtet, wurde die Publikation im Oktober 2010 durch die Online-Zeitschrift „Comparative Population Studies“ abgelöst. Diese Doppelausgabe befasst sich mit dem Thema Remigration, also der Erklärung von Rückwanderungen.

Der einleitende Beitrag von Birgit Glorius und Anke Matuschewski diskutiert die grundlegenden konzeptionellen Ansätze der Migrationsforschung in ihrer Nutzbarkeit für Remigration und geht auf die wichtigsten theoretischen und empirischen Entwicklungen zu diesem Thema ein. Dabei vereinigt das Heft Studien aus unterschiedlichen fachlichen und räumlichen Kontexten, die sich dem Thema Rückwanderung sowohl auf der nationalen und internationalen als auch auf der Makro- und Mikroebene widmen. So beschäftigt sich Nina Wolfeil mit dem Thema der studentischen Rückwanderung in Form einer Fallstudie polnischer Gaststudierender in Deutschland und sie zeigt, dass der überwiegende Teil der Gaststudierenden wieder nach Polen zurückkehrt.

Susan Thieme zeigt in ihrer Untersuchung die Situation und die Folgen der Arbeitswanderung aus Kirgistan und weist nach, dass ein Großteil der Arbeitsmigranten aus ländlichen Gebieten stammt. Sie kehren bei einer Rückkehr allerdings nicht in ihre Heimatregion zurück, sondern dann in Städte, was zu einer Aufspaltung von Familienverbänden in multilokale Haushalte führt.

Im Fokus des Beitrags von Martin Geiger steht das Management von Migration am Beispiel der Rückführungsprogramme der Internationalen Organisation für Migration

(IOM). Er analysiert Mechanismen und Effekte von Programmen zur „freiwilligen“ Rückkehr und Reintegration.

Mit der Lohndiskriminierung von Arbeitsmigranten auf dem Arbeitsmarkt im Zielland befassen sich Heiko Peters und Benjamin Weigert. Sie überprüfen unter anderem, inwieweit auch die Rückkehrwahrscheinlichkeit von Migrantengruppen einen negativen Einfluss auf deren Entlohnung hat. Ihre Untersuchung zeigt, dass die Lohndiskriminierung von Migranten noch vielschichtiger ist als bisher angenommen.

Die Bandbreite der hier versammelten Themen zeigt, dass die Remigrationsforschung eine Vielfalt von gesellschaftlich relevanten Fragestellungen berührt, die durch die unterschiedlichsten theoretischen und methodischen Zugänge bearbeitet werden müssen.



Die Beiträge im Einzelnen:

- Birgit Glorius und Anke Matuschewski: Rückwanderung im internationalen Kontext: Forschungsansätze und -perspektiven (begutachteter Beitrag)
- Nina Wolfeil: Student migration to Germany and subsequent return to Poland – an analysis of return migration determinants and returnees' labour market outcomes (begutachteter Beitrag)
- Susan Thieme: Wohin ist zurück? Unterschiedliche Vorstellungen von Rückkehrmigration und mögliche Folgen für die ländliche Entwicklung in Kirgistan (begutachteter Beitrag)
- Martin Geiger: Freiwillige Rückkehr nach Albanien. Das Management von Migration am Beispiel der Rückführungsprogramme der Internationalen Organisation für Migration (IOM) (begutachteter Beitrag)
- Heiko Peters und Benjamin Weigert: Einfluss der Rückkehrwahrscheinlichkeit von Einwanderern auf ihre Entlohnung (begutachteter Beitrag)



Literatur von BiB-Mitarbeiter/innen

Norbert F. Schneider: Elternschaft in der Moderne – Soziologische Betrachtungen und ihre politischen Implikationen. In: Jürgen Hardt/Fritz Matzejat/Matthias Ochs/Marion Schwarz/Thomas Merz/Ulrich Müller (Hrsg.): Sehnsucht Familie in der Postmoderne – Eltern und Kinder in Therapie heute. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010

In seinem Beitrag beschäftigt sich Prof. Schneider mit den vielschichtigen Ursachen für die niedrigen Geburtenraten in Deutschland, wobei für ihn neben strukturellen Faktoren wie zum Beispiel ungünstigen materiellen Verhältnissen oder unzureichenden infrastrukturellen Gegebenheiten vor allem kulturelle Faktoren bedeutsam sind. Ausgehend von der These, dass Elternschaft in den letzten Jahrzehnten verantwortungsvoller geworden ist und sich zu einer zunehmend schwieriger zu bewältigenden Gestaltungsaufgabe entwickelt hat, skizziert er aus familiensoziologischer Sicht die gegenwärtige Lage der Mütter und Väter auch im Hinblick auf den Einfluss der Lebensformen auf die Kinderziehung sowie gestiegene Mobilitätsanforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die sich auf das Familienleben und die Erziehungsleistung der Eltern auswirken. Neuere Studien zeigten, so Schneider, dass die Lebensform und der Erwerbsstatus der Mütter keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Kinder hätten. Hier spielten eher Faktoren wie die sozioökonomische Situation des Elternhauses, die Qualität der Beziehungen zwischen den Eltern, die Persönlichkeitsmerkmale der Eltern, das Erziehungsklima und die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung eine Rolle. Allerdings gebe es indirekte Zusammenhänge zwischen der Lebensform und der Erziehungsleistung: So sei die Wahrscheinlichkeit, dass Alleinerziehende in einer schwierigeren ökonomischen Situation lebten und die Beziehungsqualität zwischen den Eltern (den Ex-Partnern) schlecht ist, höher als bei den Elternfamilien.

Die politischen Implikationen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, basierten vor allem auf der klaren gesellschaftspolitischen Zielbestimmung der stärkeren Anerkennung der Leistungen von Familien in der Gesellschaft und einer Abkehr vom privilegierten Schutz der Institution Ehe sowie einer aktiven Gleichstellungspolitik der Geschlechter. Hinzu komme eine aktive Einbeziehung der Wirtschaft und der Kommunen und Regionen. Der Staat müsse stärker die

die Erziehungskompetenz der Eltern etwa durch verbesserte Angebote zur Elternbildung fördern, so sein Resümee.

Fred Wagner (Hrsg.): Gabler Versicherungslexikon. Gabler Wiesbaden 2010

Im neu erschienenen „Gabler Versicherungslexikon“ sind Wissenschaftler/innen des BiB mit Beiträgen vertreten. Frank Micheel, Karla Gärtner, Kerstin Ruckdeschel befassen sich in ihren Beiträgen mit Themen rund um das Thema Demografie – von A wie Alterspyramide bis Z wie Zweiter demografischer Übergang.

Das Lexikon mit präsentiert in umfassender Form die relevanten Begriffe der Versicherungswirtschaft. Ziel des Werks ist es, dem Nutzer ein Lexikon mit mehr als 3.000 Begriffen an die Hand zu geben, das ihm alles Wissenswerte zum Thema Versicherungswirtschaft und ihren arrondierenden Begleitthemen klar, verständlich und in ausreichendem Umfang erklärt. Dabei wurde vor allem auf das Zusammenspiel von Theorie und Praxis Wert gelegt, d.h. die Autoren bestehen sowohl aus Wissenschaftlern als auch aus Praktikern. Das Werk umfasst unter anderem Begriffe aus der Sozialversicherung, der Privatversicherung, dem Versicherungsmanagement, dem Versicherungsrecht, der Versicherungsmathematik und aus angrenzenden Wissenschaften. Die Erläuterungen der Begriffe spiegeln dem Leser die aktuellen Themen und Verhältnisse in der Versicherungswirtschaft realitätsnah wider unter Einbeziehung der theoretischen Erklärungsansätze.

Andreas Ette/Lenore Sauer: Abschied vom Einwanderungsland Deutschland? Die Migration Hochqualifizierter im europäischen und internationalen Vergleich. Policy Paper im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2010

Der Anstieg der Auswanderung aus Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten ist insbesondere auf die höhere internationale Mobilität von Hochqualifizierten zurückzuführen. Dabei gibt es vielfach geäußerte Bedenken, ob dieser „brain drain“ zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels und zu negativen Konsequenzen für den deutschen Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme wie auch zu einem fiskalischen Verlust für die Volkswirtschaft führen wird. Vor diesem Hintergrund widmet sich das Paper unter anderem der



Frage, ob die zunehmende Auswanderung hochqualifizierter Deutscher durch die Einwanderung ausländischer Fachkräfte kompensiert wird. Profitiert Deutschland insgesamt von der internationalen Migration im Sinne eines „brain gain“ oder zeigt sich eher ein Verlust im Sinne eines „brain drain“? Darüber hinaus untersuchen die Autoren im internationalen Vergleich, wo Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe steht und welche Staaten von der steigenden internationalen Migration Hochqualifizierter gewinnen bzw. verlieren.

Insgesamt konstatieren die Autoren, dass Deutschland nicht von der internationalen Migration Hochqualifizierter profitiert – es hat vielmehr für seine europäischen Nachbarn als Zielland an Attraktivität verloren.

Im europäischen Wettbewerb um die besten Köpfe nimmt Deutschland innerhalb Europas nur eine mittlere Position ein. In Deutschland führte die Netto-Migrationsrate von Akademikern zu einem Zuwachs der hochqualifizierten Bevölkerung um nur 0,03 Prozent und hat somit im Vergleich zu

den Nachbarstaaten keine Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Zudem verstärkt die Migration innerhalb der EU-27 bestehende Ungleichheiten im europäischen Migrationssystem, nicht zuletzt auch durch die EU-Osterweiterung.

Demzufolge hat sich Deutschland, so das Resümee der Studie, faktisch vom Status eines Einwanderungslandes verabschiedet.

.....
Bernhard Gückel, BiB


[Download der Studie unter
www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)


Veranstaltungen

Tagung der DGD und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Thema „Arbeitskräftepotenziale – Wer kann wie in Zukunft arbeiten?“ am 27. und 28. Januar 2011 in Berlin

Der Arbeitskreis „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) führt in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 27. und 28. Januar 2011 in Berlin eine Tagung zum Thema „Arbeitskräftepotenziale“ durch.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Deutschlands mit einer sinkenden Einwohnerzahl und einer alternden Bevölkerungsstruktur untersucht die Veranstaltung die Auswirkungen dieses Trends auf das potenzielle Arbeitskräfteangebot und die wirtschaftliche Entwicklung. In den Vorträgen und Diskussionen werden dabei Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Erwerbsbedingungen und Potenziale Älterer, die berufliche Weiterbildung, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten sowie das

zukünftige Erwerbspersonenpotenzial im Mittelpunkt stehen. An der Veranstaltung sind auch Wissenschaftler/innen des BiB beteiligt. So werden Frank Micheel, Juliane Roloff und Ines Wickenheiser sich mit der „Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung im Ruhestandsalter im Zusammenhang mit statusrelevanten Merkmalen“ beschäftigen. Lenore Sauer sowie Andreas Ette betrachten unter dem Motto: „Lost in Migration?“ die Arbeitskräfteverluste durch die Auswanderung hochqualifizierter Deutscher.

Ein ausführlicher Bericht zur Tagung erscheint in der nächsten Ausgabe von „Bevölkerungsforschung Aktuell.“

Die Vorträge im Einzelnen entnehmen Sie bitte dem Flyer auf der folgenden Seite.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Veranstalter:
Arbeitskreis „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Tagungsort:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Konferenzraum 1
Mauerstraße 53
10117 Berlin

Anmeldung

Fax: (0 30) 185 271 931
E-Mail: ibz@bmas.bund.de
Anmeldeschluss ist der 19.01.2011

Bitte übermitteln Sie zu Ihrer Anmeldung Ihre Kontaktdaten. Sie erhalten eine schriftliche Anmeldebestätigung, die Sie am Eingang Mauerstraße 53 mit Ihrem Personalausweis vorlegen.
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.



Verkehrsverbindungen:
Bus: Linie 200 (Haltestelle Mohrenstraße)
U-Bahn: Linie U6 (Station Stadtmitte), Linie U2 (Station Mohrenstraße)

Impressum

Herausgeber:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

www.bmas.de

Gestaltung:
Zum goldenen Hirschen, Berlin

Druck:
Ausdruck Schaafe, Berlin

Bildnachweis:
Getty Images

Stand: Dezember 2010



Arbeitskräftepotenziale – Wer kann wie in Zukunft arbeiten?



Einladung zur Tagung
Arbeitskräftepotenziale – Wer kann wie in Zukunft arbeiten?

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Berlin 27. und 28. Januar 2011

Die demografische Entwicklung Deutschlands, die zukünftig durch eine sinkende Einwohnerzahl und eine alternde Bevölkerung geprägt wird, stellt Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor große Herausforderungen. Die Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren wird nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2030 um gut sechs Millionen sinken. Diese Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf das potenzielle Arbeitskräfteangebot und die wirtschaftliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Möglichkeiten zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung im Allgemeinen und durch Qualifizierung im Besonderen.

Die Tagung „Arbeitskräftepotenziale – Wer kann wie in Zukunft arbeiten?“ wird die neuesten empirischen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Themenfeld zusammenführen, zukünftige Handlungsoptionen aufzeigen und ein Forum für den Austausch von Ideen und Lösungen bieten. Im Lichte der Diskussion um zukünftige Arbeitskräftepotenziale bilden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Erwerbsbedingungen und Arbeitspotenziale Älterer, die berufliche Weiterbildung, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten sowie das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial die inhaltlichen Schwerpunkte der Tagung.

Programm für Donnerstag, 27.01.2011

8:00 - 9:00 Uhr Anmeldung

Themenblock 1: Einführung und Keynote Speeches
Moderation Stefan Eitenmüller, BMAS

9:00 - 9:15 Uhr Begrüßung/Einführung
Staatssekretär **Andreas Storm**
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

9:15 - 9:30 Uhr Begrüßung
Dr. Manfred G. Scharein
Deutsche Gesellschaft für Demographie, Arbeitskreis „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“

9:30 - 10:00 Uhr „Arbeitskräftepotenziale – Wer kann wie in Zukunft arbeiten?“
Prof. Dr. Axel Börsch-Supan
Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA)

10:00 - 10:30 Uhr „Bewältigung des demografischen Wandels durch verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere, Frauen und Migranten“
Prof. Dr. Uwe Jirjahn
Universität Trier

10:30 - 11:15 Uhr Fragen und Diskussion

11:15 - 11:30 Uhr Kaffeepause

Themenblock 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Moderation Herbert Düll, BMAS

11:30 - 11:50 Uhr „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Baustein zur Bewältigung des demografischen Wandels“
Dr. Werner Eichhorst

Paul Marx, Verena Tobisch
Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn; Helmut Schmidt Universität Hamburg

11:50 - 12:10 Uhr „Die quantitative Bedeutung von Kinderbetreuung für die Frauenerwerbstätigkeit und die Geburten“
Dr. Alexander Bick
Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

12:10 - 12:30 Uhr Fragen und Diskussion

12:30 - 14:00 Uhr Mittagspause

14:00 - 14:20 Uhr „Einstiegswege in den Arbeitsmarkt“
Jan Paul Heisig
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

14:20 - 14:40 Uhr „Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen“
Mareike Ebach
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

14:40 - 15:00 Uhr Fragen und Diskussion

15:00 - 15:30 Uhr Kaffeepause

Themenblock 3: Erwerbsbedingungen und Arbeitspotenziale Älterer
Moderation Konrad Haker, BMAS

15:30 - 15:50 Uhr „Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und individuellen Renteneintrittsentscheidungen“
Golo Henseke
Universität Rostock

15:50 - 16:10 Uhr „Die Beschäftigungsfähigkeit der Babyboomer“
Anita Tisch
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

16:10 - 16:30 Uhr Fragen und Diskussion

16:30 - 16:50 Uhr „Arbeiten im Ruhestand: die Arbeitnehmerperspektive“
Prof. Dr. Victoria Büsch, Prof. Dr. Dennis Dittrich
Projektgruppe Strategies for Elderly People (STEP), SRH Hochschule Berlin, Jacobs University Bremen

16:50 - 17:10 Uhr „Die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung im Ruhestandsalter im Zusammenhang mit statusrelevanten Merkmalen“
Frank Micheel, Dr. Juliane Roloff, Ines Wickenheiser
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

17:10 - 17:30 Uhr „Gestaltung arbeitsorientierter Lernumgebungen zum Transfer von Erfahrungswissen und Kompetenzerwerb – ein Beitrag zum lebenslangen Lernen aus Bildungsmanagement-Perspektive“
Petra Suwalski
Hochschule Furtwangen University

17:30 - 18:00 Uhr Fragen und Diskussion

Programm für Freitag, 28.01.2011

Themenblock 4: Wanderung von Arbeitskräften
Moderation Dr. Manfred G. Scharein, DGD

9:30 - 9:50 Uhr „Entwicklung der Arbeitsmarktzwanderung von Hochqualifizierten: Wer kommt, wer geht, wer bleibt?“
Barbara Heß, Isabell Klingert
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

9:50 - 10:10 Uhr „Lost in Migration? Arbeitskräfteverluste durch die Auswanderung hochqualifizierter Deutscher“

Dr. Lenore Sauer, Andreas Ette
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

10:10 - 10:30 Uhr Fragen und Diskussion

10:30 - 11:00 Uhr Kaffeepause

Themenblock 5: Zukünftiges Erwerbspersonenpotenzial
Moderation Prof. Dr. Victoria Büsch, SRH Hochschule Berlin

11:00 - 11:20 Uhr „Kann ein Anstieg der Arbeitszeit den projizierten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials kompensieren?“
Susanne Wanger, Dr. Johann Fuchs
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

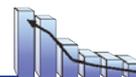
11:20 - 11:40 Uhr „Determinanten des Gründungsverhaltens Älterer“
Dr. Rosemarie Kay, Dr. Arndt Werner
Institut für Mittelstandsforschung, Bonn

11:40 - 12:00 Uhr „Der zukünftige Bedarf an Pflegearbeitskräften in Deutschland“
Dr. Carsten Pohl
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Regionales Forschungsnetzwerk, Düsseldorf

12:00 - 12:30 Uhr Fragen und Diskussion

12:30 - 13:00 Uhr Abschlussdiskussion
Dr. Manfred G. Scharein und Thomas Salzmann
Deutsche Gesellschaft für Demographie, Arbeitskreis „Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“

ab 13:00 Uhr Abreise



Personalien

Ein (Berufs-)Leben zwischen Zahlen und Noten: Juliane Roloff geht in den wohlverdienten Ruhestand

Nach nunmehr 17 Jahren im Dienste des BiB ist die Demografin Juliane Roloff zum 01. Dezember 2010 in den Ruhestand gewechselt. In ihren zahlreichen Aufsätzen und Beiträgen hat sie sich vor allem mit dem Thema Alterung und demografischer Wandel befasst, wobei in den letzten Jahren verstärkt das Thema Pflege und Frauen einen Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit eingenommen hat.

Sie begann ihre Arbeit im BiB 1993 zunächst als Zeitangestellte für das Gutachten des BMFSF mit dem Titel „Die Alten der Zukunft“, bis sie dann über Werkverträge Mitte der 1990er Jahre unter anderem an der Auswertung des Fertility and Family Survey des BiB beteiligt war. Ihre wissenschaftliche Kompetenz konnte sie dann 1996 im Familienbericht des BMFSFJ zum Thema „Ausländische Familien in Deutschland“ einbringen. Im Jahr 1992 wurde sie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für Frauenforschung im damaligen Frauenministerium. Nach der Auflösung des Beirates 1993 erfolgte eine Berufung in den Beirat zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, dem sie bis 1998 angehörte.

Im Jahr 1998 wurde sie im BiB als wissenschaftliche Mitarbeiterin fest angestellt und arbeitete nun im weiten Feld der Auswirkungen des demografischen Wandels in einem breit gefächerten Aufgabengebiet. So veröffentlichte sie im Jahr 2000 in den Materialienbänden des BiB eine vielbeachtete Studie zur „Demografischen Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands“, in der sie bereits auf die demografische Alterung als eine der aktuellsten Herausforderungen in Politik und Gesellschaft in Deutschland hinwies.

Darüber hinaus war es ihr immer ein Anliegen, ihre Forschungsarbeit einem breiten Publikum auf verständliche Art und Weise nahezubringen, was sich in zahlreichen Vortrags-

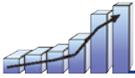
reisen vor unterschiedlichsten Foren und in einer Vielzahl von Veröffentlichungen widerspiegelte. Es dürfte kaum einen Sammelband zum Thema Alterung und demografischer Wandel geben, in dem nicht ein Aufsatz von ihr zum Thema zu finden ist – vom demografischen Lehrbuch über „Bevölkerungsforschung Aktuell“ bis hin zur wissenschaftlichen Fachzeitschrift. Auch in den Medien war sie eine gefragte Fachfrau – in letzter Zeit vor allem zum Thema Pflege. Dass das Thema demografische Alterung mit all seinen Folgen mittlerweile in Politik und Gesellschaft angekommen ist, ist nicht zuletzt auch ihr Verdienst.

Dass es ihr im Ruhestand langweilig werden könnte, befürchtet die engagierte Hobby-Cembalistin, -Cellistin und -Organistin nicht, schließlich kann sie sich jetzt mit noch mehr Energie auf ihr zweites großes Hobby (neben der Demografie) konzentrieren: die Musik. Wie in ihrer wissenschaftlichen Arbeit bedarf es auch auf diesem Feld zweier Eigenschaften, über die sie zweifelsohne in hohem Maße verfügt – nämlich Leidenschaft und Augenmaß.

Der demografischen Forschung und dem BiB wird sie auch im (Un-)Ruhestand mit Forschungsbeiträgen zukünftig verbunden bleiben – und nicht zuletzt auch „Bevölkerungsforschung Aktuell“ mit ihren Artikeln weiter pünktlich und kompetent beliefern.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Frank Swiaczny hatte im WS 2010/11 einen Lehrauftrag im Modul „Introduction to Epidemiology and Biostatistics“ am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im „Master of Science Program Epidemiology“.



Buch im Blickpunkt

Nadja Milewski: Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach.
Springer Verlag 2010

Wie wirkt sich internationale Migration mit ihren kulturellen und sozioökonomischen Konsequenzen auf das Geburtenverhalten der Migranten in ihrem Zielland (hier: Westdeutschland) aus? Behalten die Immigranten die Verhaltensmuster ihrer Herkunftsregion bei oder tendieren sie dazu, sich an die Fertilitätsmuster im Zielland anzupassen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Bandes, der die Unterschiede und Ähnlichkeiten im Fertilitätsverhalten von Familien der ersten und zweiten Migrantengeneration aus den Ländern des früheren Jugoslawiens, der Türkei, Griechenlands, Italiens und Spaniens in Westdeutschland untersucht. All diese Herkunftsländer haben seit dem Ende der 1950er Jahre einen durchgreifenden demografischen Wandel in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Auswirkungen erlebt. Eines haben sie allerdings gemeinsam: einen substantiellen Rückgang der Fertilität vergleichbar der Entwicklung in Westdeutschland.

In Kapitel Eins wird zunächst neben der Darstellung des Forschungsdesigns auch Bezug genommen auf die Immigrationsentwicklung in Deutschland seit 1945. Dabei können drei Hauptgruppen von Immigration unterschieden werden: die Arbeitsmigration, die Immigration von Deutschstämmigen, von Flüchtlingen sowie Asylsuchenden. Darüber hinaus wird hier ein Überblick über die Forschungslage zur Fertilität von Immigranten in Deutschland gegeben. Waren 1960 nur über 5 % der neugeborenen Kinder in Deutschland nichtdeutscher Nationalität, so waren am Ende des 20. Jahrhunderts über 13 % aller Neugeborenen ausländischer Herkunft. Begünstigt wurde diese Entwicklung auch durch die gleichzeitige rückläufige Geburtenzahl der westdeutschen Bevölkerung.

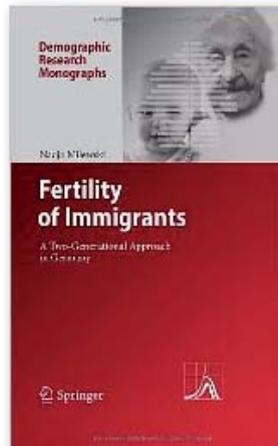
Steht im ersten Kapitel des Bandes die Entwicklung des Forschungsinteresses und die Struktur der Untersuchung im Mittelpunkt, so präsentiert Kapitel Zwei einen Überblick über den theoretischen und empirischen Forschungsstand zum Thema Migration und Fertilitätsentwicklung sowie den

theoretischen Rahmen. Vorgestellt werden fünf Hypothesen zum Fertilitätsverhalten von Migranten. Betrachtet werden hier die Zeiteffekte, sozio-demografische Merkmale von Migranten sowie ihre Lebensumstände und kulturelle Faktoren.

So geht die „disruption hypothesis“ davon aus, dass Wanderung an sich die Betroffenen erheblichem Stress aussetzt, so dass negative Auswirkungen auf die Fertilität erwartet werden können. Die „hypothesis of interrelation of events“ betrachtet die Migration als eine Situation, in der verschiedene Ereignisse in einer kurzen Zeitspanne passieren, wie Migration und Herausbildung einer Partnerschaft. Hier wird angenommen, dass die Fertilität bereits kurz nach Ankunft im Zielland hoch ist. Dies gilt allerdings nur für die erste Immigrantengeneration. Beide Hypothesen fokussieren allerdings eher die kurzfristigen Einflüsse der Migration auf die Fertilität, während die „adaptation hypothesis“ eine mittelfristige Perspektive liefert. Hier wird zunächst von differierenden Fertilitätsmustern zwischen Herkunfts- und Zielland ausgegangen mit einer zunehmenden Angleichung des Fertilitätsverhaltens der Immigranten an das Zielland.

Die „socialization hypothesis“ betont die Bedeutung der frühen Sozialisation der Migranten, insbesondere die Rolle von Werten, Normen und Verhaltensmustern während ihrer Kindheit und nimmt ihre Kontinuität im weiteren Lebensverlauf an. Danach würden Migranten den bekannten Fertilitätsmustern ihres Herkunftslandes folgen, auch wenn dies nicht dem Muster des Ziellandes entspräche. Die „selection hypothesis“ behauptet hingegen, dass sich die Fertilitätsmuster zwischen den Immigranten und den Einwohnern des Ziellandes angleichen, weil sie die Fertilitätseinstellungen in den Zielländern übernehmen.

Desweiteren werden in diesem Kapitel die Ähnlichkeiten und Unterschiede der Familienbildung in den Herkunftsländern der Immigranten im Einzelnen betrachtet und die sozioökonomischen Charakteristika der Frauen und ihrer Partner als sogenannte „Gastarbeiter“ in Westdeutschland analy-





siert. Insgesamt zeigen sich soziale und ökonomische Benachteiligungen bei den Immigranten, die an die nächste Generation in Form von einem niedrigen sozialen Status weitervererbt werden.

Kapitel Drei liefert die empirische Analyse der Studie mit Informationen über die Daten, die Methoden und die verwendeten Variablen. Die Datengrundlage basiert auf der „German Socio-Economic Panel Study“ (SOEP) über Immigrantinnen und westdeutsche Frauen, die zwischen 1946 und 1983 geboren wurden und zwischen 1984 und 2004 in mehreren Wellen wiederholt befragt wurden.

Kapitel Vier diskutiert die Ergebnisse vor dem Hintergrund der vorgestellten Hypothesen. Bei der Kinderzahl zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Immigrantengeneration. So haben die Frauen der ersten Generation mehr Kinder als die westdeutschen Frauen, während sich die zweite Immigrantengeneration dem Geburtenverhalten der westdeutschen Frauen angepasst hat. Die empirischen Ergebnisse zeigen somit, dass das soziale Umfeld der Immigranten einen starken Einfluss auf das Fertilitätsverhalten hat.

Insgesamt bestätigt sich die „disruption Hypothesis“ nicht, während die Annahme, dass die Phase der Familienbildung und Migration verbunden ist mit einer höheren Fertilität unterstützt wird, insbesondere bei der ersten Generation der Immigranten, die nach Westdeutschland kamen. Sie erfuhren die Migration, die erste Heirat und die erste Geburt in einer relativ kurzen Zeitspanne (interrelation of events). Empirisch unterstützt wird hingegen die „adaptation Hypo-

thesis“, da nach einer Phase unterschiedlichen Fertilitätsverhaltens in der ersten Generation in der zweiten Generation eine Anpassung an das Fertilitätsverhalten des Ziellandes stattgefunden hat. Frauen der ersten Immigrantengeneration, die in Deutschland kinderlos ankamen, zeigten mit zunehmender Aufenthaltsdauer eine sinkende Bereitschaft, Kinder zu bekommen – im Gegensatz zu den Immigranten der ersten Generation, die bereits mit ein oder zwei Kindern nach Deutschland immigriert waren. Der Einfluss der frühen Sozialisation auf das Fertilitätsverhalten ist empirisch ebenfalls nachweisbar. So zeigen sich innerhalb der einzelnen Immigrantengruppen der ersten Generation, die aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen stammen, Unterschiede im Geburtenverhalten.

Kapitel Fünf fasst schließlich die Forschungsergebnisse zusammen und gibt gleichzeitig einen Ausblick auf zukünftige Forschungsarbeiten in diesem Bereich. Wurden in dieser Studie vorrangig die „Gastarbeiter“-Gruppen betrachtet, so gilt es, auch andere Immigrantengruppen in ihrem Fertilitätsverhalten zu untersuchen. Aktuelle Studien weisen nämlich darauf hin, dass es hier große Unterschiede gibt im Vergleich zur Fertilität der „Gastarbeiter“. Die Studie zeigt auch, so die Autorin, dass die Hoffnung, durch verstärkte Migration nach Deutschland den demografischen Wandel und die Alterung beeinflussen zu wollen, nicht realistisch ist.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

Ullrich Heilemann (Hrsg.):

Demografischer Wandel in Deutschland.

Befunde und Reaktionen. Duncker & Humblot, Berlin 2010

Demografische Probleme waren in Deutschland und in der Welt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, stets mehr oder weniger aktuell – gegenwärtig aber sind sie es ganz besonders. Wichtige Stichworte sind dabei die Ost-Erweiterung der EU, der „brain drain“ nach den Vereinigten Staaten, aber auch ins übrige Europa, vor allem aber der absehbare drastische Bevölkerungsrückgang in Deutschland und den meisten entwickelten Ländern und umgekehrt der Zuwanderungsdruck aus den traditionellen Abwanderungsländern.

Die diagnostizierten demografischen Entwicklungen bezüglich Bevölkerungszahl und ihrer strukturellen Merkmale, wie Durchschnittsalter oder Alterslastkoeffizienten, lassen sich nicht ignorieren. Das gilt leider auch für die regionale Betroffenheit - Ostdeutschland wird, nicht zuletzt aufgrund des Wanderungsverlustes von 1,5 Millionen, meist jungen Menschen zwischen 1990 und 2009, deutlich stärker getroffen als Westdeutschland.

Der vorliegende Band liefert ein aktuelles Bild von Umfang, Struktur und Konsequenzen des Demografieproblems in Deutschland und zeigt Lösungs- und Reaktionsmöglichkeiten auf. Die Autoren konzentrieren sich auf die unmittelbar betroffenen Felder Familien-, Arbeitszeit- und Zuwande-



rungspolitik. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die für die Bewältigung der Probleme letztlich bedeutsamste Frage, die nach den Folgen bzw. Reaktionen von Wachstum und Produktivität, nach wie vor offen bleibt.

(Verlagstext)

Aus dem Inhalt

U. Heilemann: Zur Einführung

A. Wagner: Orthodoxe und heterodoxe Bevölkerungsökonomik

E. Spitznagel: Ist die Demografie unser Schicksal? Verlängerte Arbeitszeiten; eine übersehene Option

G. Steinmann: Vorschläge für eine effektive und nachhaltige Bevölkerungspolitik

H. D. von Loeffelholz: Demografischer Wandel und Migration in Ostdeutschland. Erfahrungen, Perspektiven und Optionen zu ihrer Steuerung

G. Milbradt: Demografische Entwicklung in Sachsen als politische Herausforderung

Hendrik Bednarz:

Demografischer Wandel und kommunale Selbstverwaltung. Duncker & Humblot, Berlin 2010

Der demographische Wandel wirft im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung zahlreiche Rechtsfragen auf. Die direkten Folgen des demographischen Wandels werden im Rahmen der Untersuchung genauso berücksichtigt wie die indirekten, durch Anreizwirkungen ausgelösten Effekte. Anhand einer positiven Analyse des Rechtsrahmens werden Aussagen über dessen Demographietauglichkeit im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung getroffen und normativ Handlungsempfehlungen abgeleitet. Methodisch wird auch auf die ökonomische Theorie des Rechts zurückgegriffen.

Thesenartig ist festzuhalten:

1. Den Kommunen ist sowohl bei der Gestaltung ihrer Einnahmen als auch bei der Aufgabenbewältigung mehr Autonomie einzuräumen. Privatisierungsmaßnahmen sind daher zurückhaltend zu bewerten. Interkommunale Kooperation kann ein geeignetes Mittel sein, um kommunale Gestaltungsspielräume abzusichern. Verwaltungsstrukturen sind auch in demographischer Hinsicht weiterzuentwickeln.

2. Hauptstellschraube ist die Stärkung der kommunalen Einnahmeseite. Um Anreize für einen ruinösen Wettbewerb der Kommunen um Einwohner zu reduzieren, ist insbeson-

dere die demographische Abhängigkeit des kommunalen Finanzausgleichs zu reduzieren und dieser näher am realen Kostenverlauf zu orientieren.

3. Das verwaltungsrechtliche System ist in kommunalrechtlicher Hinsicht partiell demographieuntauglich.

.....
(Verlagstext)

Gerhard Scheuerer:

Wendeschock oder Babystreik? Die lexikografische Nutzenfunktion des Fertilitätsverhaltens. Haag und Herchen Verlag, Hanau 2010

Der Bevölkerungsbestand in Deutschland ist aufgrund der natürlichen und räumlichen Faktoren in vielen Bundesländern und Kreisen bereits jetzt rückläufig, insbesondere in den neuen Bundesländern, die auf diesem Feld eine Vorreiterrolle für die absehbaren Bevölkerungsentwicklungen in Deutschland einnehmen. Die Frage stellt sich, welche Gründe hierfür verantwortlich sind. Liegt die Ursache in einem veränderten Geburtenverhalten, in einer Alterung der Bevölkerung durch steigende Lebenserwartung oder im Wanderverhalten im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess nach der Wende oder zeichnet sich eine generelle Änderung der genannten Faktoren ab?

Dieser Band analysiert anhand vorliegender Daten über Geburten, Sterbefälle und Wanderungen die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in Thüringen im Vergleich mit Entwicklungen im früheren Bundesgebiet. In einer retrospektiven Betrachtung untersucht er, inwieweit natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen Thüringens ähnlich verlaufen sind wie in der ehemaligen DDR und im früheren Bundesgebiet. (Aus der Einleitung)

Aus dem Inhalt

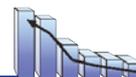
Theoretische und methodische Grundlagen der statistischen Erkenntnisse über die Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit – Statistische Ergebnisse für Thüringen

Annahmen koordinierter Bevölkerungsvorausberechnungen für Thüringen

Analyse der demografischen Situation in Thüringen unter besonderer Berücksichtigung der Fertilität

Wesentliche Determinanten der lexikografischen Nutzenfunktion des Fertilitätsverhaltens



Die zukünftige gemeinsame Lebenszeit familiärer Generationen – quo vadis?

In dieser Ausgabe von „Bevölkerungsforschung Aktuell“ findet sich auch der Artikel „Wächst die gemeinsame Zeit des Zusammenlebens von (Ur-)Enkeln und (Ur-)Großeltern?“ (vgl. Seite 2) von Dr. Evelyn Grünheid und Dr. Manfred G. Scharrein. Darin wird die Frage untersucht, ob aus dem nachhaltigen Anstieg der durchschnittlichen ferneren Lebenserwartung – wie er für die Bevölkerung Deutschlands seit über 130 Jahren zu beobachten ist – auf ein Ansteigen der gemeinsamen Lebenszeit der familiären Generationen und daraus folgend zukünftig auf einen Anstieg von drei und vier in einer Familie lebenden Generationen geschlossen werden kann. Überraschenderweise verneinen die Autoren diese Aussage letztendlich. Dies ist Grund genug, dass „Der demografische Schluss“ die Autoren einmal näher nach den Ursachen dieser Entwicklung befragt.

DdS: Frau Dr. Grünheid, Herr Dr. Scharrein, wir bekommen beinahe täglich in den Medien zu hören und zu lesen, dass die Bevölkerung Deutschlands altert. Damit wäre es doch aber logisch anzunehmen, dass die Anteile von Drei- und Vier-Generationen-Familien ansteigen sollten. Warum sehen Sie hier einen anderen Trend?

E. G. & M. S.: Tatsächlich deuten die Ergebnisse in die entgegengesetzte Richtung. Verantwortlich dafür ist die Entwicklung des durchschnittlichen Alters der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes. Im Zusammenspiel mit der durchschnittlichen ferneren Lebenserwartung addiert sich das angestiegene durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes über mehrere Generationen und überkompensiert mittlerweile den Anstieg der durchschnittlichen ferneren Lebenserwartung. Daraus folgend verringert sich die durchschnittliche Dauer des Zusammenlebens der familiären Generationen. Reduzierend

auf die durchschnittliche Generationengröße innerhalb von Familienverbänden wirkt darüber hinaus das in Deutschland seit circa 35 Jahren niedrige Geburtenniveau – in Westdeutschland liegt die zusammengefasste Geburtenziffer seit Mitte der 1970er Jahre bei 1,4 und weniger Kinder je Frau. Der indirekte Schluss, dass damit auch die Anzahl Verwandtschaftsbeziehungen eines Familienverbundes im Durchschnitt weniger geworden sind, deutet daher eher auf ein Sinken der Anteile von Drei- und Vier-Generationen-Familien.

DdS: Es hört sich umständlich an, zur Ermittlung der gemeinsamen Lebenszeit von familiären Generationen den Weg über die amtlichen Daten, hier die fernere Lebenserwartung und das durchschnittliche Alter einer Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes, zu beschreiten. Warum haben Sie diesen Weg gewählt?

E. G. & M. S.: Dies ist letztendlich der Verfügbarkeit der Daten geschuldet. Amtliche Registerdaten fragen familiäre Beziehungen über mehrere Generationen nicht systematisch ab und der Mikrozensus ist als Haushaltsbefragung dafür nicht angelegt. Andere für Deutschland verfügbare Surveys waren bezüglich der uns interessierenden Fragestellung aus unterschiedlichen Gründen nicht verwendbar. Zwar ist es mit verschiedenen Surveys möglich, jeweils für einen bestimmten Zeitpunkt die Anteile von Mehr-Generationen-Familien zu schätzen. Ausgeschlossen bleibt aber stets die Trendbetrachtung dieser Anteile über einen längeren Zeitraum. Letztendlich verblieb nur der bereits skizzierte Weg über eine Durchschnittsbetrachtung bezüglich der gemeinsamen Lebenszeit von Mehr-Generationen-Familien, um mit diesen Ergebnissen indirekt auf die Trendentwicklung der Anteile von Mehr-Generationen-Familien in Deutschland zu schließen. Die von uns angewandte Berechnungsmethode beschränkt zudem die Betrachtung auf rein weibliche, familiäre Generationenfolgen, weil die Schätzun-

gen des durchschnittlichen Alters der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes nur auf Basis von altersspezifischen Fertilitätsziffern für die weibliche Bevölkerung vorgenommen werden konnten. Da aber in Deutschland Frauen nach wie vor eine höhere Lebenserwartung als Männer aufweisen und zudem nach bisherigen Forschungserkenntnissen die Männer bei der Geburt ihrer Kinder im Durchschnitt älter als die Frauen sind, sollten folglich die von uns ermittelten Indikatoren Obergrenzen für die durchschnittlichen Generationenabstände sowie die durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit familiärer Generationen angeben. Läge zum Beispiel das durchschnittliche Alter von Männern bei der Geburt ihres ersten Kindes im Vergleich zu den Frauen um zwei bis vier Jahre höher, so ist im Zusammenhang mit der im Vergleich zu den Frauen niedrigeren Lebenserwartung zu antizipieren, dass die gemeinsame Lebenszeit von Urgroßvätern mit ihren Urenkeln tendenziell bereits negativ sein könnte – das hieße, sie würden sich nicht mehr erleben.

DdS: Wie haben sich denn die fernere Lebenserwartung und das durchschnittliche Alter der Mütter bei Geburt des ersten Kindes im Untersuchungszeitraum im Vergleich entwickelt?

E. G. & M. S.: Die im Rahmen der Modellrechnungen verwendeten Schätzwerte für das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes zeigen im Jahr 1973 einen Minimalwert von 23,7 Jahren (Westdeutschland) beziehungsweise 21,9 Jahren (Ostdeutschland) an. Diese Werte steigen bis zum Jahr 2008 auf 28,1 Jahre für West- und 27,1 Jahre für Ostdeutschland an. Vergleicht man diese Angaben mit den für das Jahr 2009 vom Statistischen Bundesamt erstmalig ausgewiesenen Werten von 29,1 Jahren für West- und 27,2 Jahren für Ostdeutschland, kann man den von uns verwendeten Schätzern zumindest eine ordentliche Treffgenauigkeit zuweisen. Bezüglich der durchschnittlichen



ferneren Lebenserwartung von Frauen sind die Werte der Generationensterbetafel in der Variante V2 (höhere Lebenserwartung) verwendet worden, die vom Statistischen Bundesamt im Jahr 2006 herausgegeben wurde und altersspezifische Werte für die Geburtskohorten von 1871 bis 2004 enthält. Exemplarisch steigt darin zum Beispiel die fernere Lebenserwartung 30-jähriger Frauen der Geburtskohorten von 1970 bis 2004 von 57,4 Jahre auf 61,0 Jahre.

DdS: Sie charakterisieren Ihre Berechnungen als Modellrechnungen, denen bestimmte Annahmen zu Grunde liegen. Wie abhängig sind denn Ihre Ergebnisse von den getroffenen Annahmen?

E. G. & M. S.: Hier müssen zwei unterschiedliche Sachverhalte voneinander

differenziert werden. Zum einen wird im Rahmen unserer Berechnungen die durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit von Drei- und Vier-Generationen-Familien über Indikatoren angezeigt. Deren Treffgenauigkeit hängt aber von der Qualität der Schätzungen für das durchschnittliche Alter einer Mutter bei der Geburt des ersten Kindes sowie die Gültigkeit der Werte der Generationensterbetafel ab. Jedoch haben alternative Berechnungen gezeigt, dass diese Abhängigkeit nicht stark ausgeprägt ist. Daher dürften die Indikatoren zumindest für die Jahre bis 2008 recht zuverlässige Werte anzeigen. Zum anderen ist vor allem für die Projektion der Indikatoren in die Zukunft der Modellrechnungscharakter klar zu betonen. Hierbei hängen die Ergebnisse vor allem von den Annahmen zur zukünftigen Ent-

wicklung des durchschnittlichen Gebäralters der Mütter beim ersten Kind ab. Und genau so sind die projizierten Ergebnisse auch zu verstehen: Stiege das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes weiter an, so würde die durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit der Generationen einer Familie tendenziell weiter sinken. Dieser Trend bestünde auch dann bis zur Mitte dieses Jahrhunderts weiter, wenn das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes ab sofort konstant bliebe. Eine vollkommene Trendumkehr für die durchschnittliche gemeinsame Lebenszeit der Generationen würde erst dann erreicht werden, wenn ab sofort das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes deutlich und nachhaltig sänke.

Dr. Evelyn Grünheid arbeitet im BiB im Forschungsschwerpunkt „Bevölkerungswissenschaftliche Dauerbeobachtung und Analyse des demografischen Wandels“.

Dr. Manfred G. Scharein besetzt im BiB das Ressort „Methodische Unterstützung und Beratung“ und forscht im Forschungsschwerpunkt „Generatives Verhalten, Wandel der Familien- und Lebensformen und private Lebensführung“.

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 32. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: bib@destatis.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0120114

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bib-bev-aktuell@destatis.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 1/2011 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.